

DER SOZIALDEMOKRATISCHE KÄMPFER



Bund Sozialdemokratischer FreiheitskämpferInnen, Opfer des Faschismus und aktiver AntifaschistInnen

10 Jahre Utøya – Gedenken an das Unbegreifbare

Julia Zierlinger, Bundesvorsitzende der Roten Falken, erinnert im folgenden Beitrag an den grausamen Anschlag von Utøya, der sich im Juli zum zehnten Mal jährt.

Es war ein Sommercamp der AUF (Arbeidernes Ungdomsfylking, norwegische Schwesternorganisation der Roten Falken) auf der Insel Utøya. Geplant, wie schon viele zuvor – mit politischen Diskussionen, Besuchen von Vertreter*innen der norwegischen Sozialdemokratie, Sportaktivitäten, Freundschaften knüpfen, die erste Liebe spüren – all das was auch wir, als Rote Falken, von unseren jährlichen Camps nur allzu gut kennen und erleben.

Am 22. Juli 2011 kam alles anders. Ein Rechtsterrorist verübte einen Bombenanschlag auf das Osloer Regierungsviertel, bei dem acht Menschen getötet und viele verletzt wurden. Die Nachricht des Anschlages erreichte auch das Sommerzeltlager auf der Insel Utøya. Wenig später betrat der Attentäter - als Polizist verkleidet, unter dem Vorwand die 500 Teilnehmer*innen über den Bombenanschlag aufklären zu wollen - die Insel. In den darauffolgenden 72 Minuten erschoss er 69 Men-

schen, viele weitere, meist Minderjährige, wurden schwer verletzt und traumatisiert.

Zur gleichen Zeit hatten wir Roten Falken in Österreich ein ähnliches Sommerlager in Döbriach. Als die Nachricht in den Medien verbreitet wurde, saß der Schock tief. Wir spürten eine Mischung aus Angst und Trauer um die Opfer und ahnten, dass es genauso unser Camp hätte treffen können. Das Camp für die Kinder und Jugendlichen „normal“ und voller Freude weiterzuführen, war undenkbar. In dieser Situation war es schwer, die pädagogische Kurve zu kratzen.

Die Zukunft der norwegischen sozialdemokratischen Partei auslöschen

Im Rahmen der Gerichtsverhandlungen wurden die grausamen Details rund um den Attentäter bekannt, nicht zuletzt auch seine Einbindung in die europaweiten rech-

ten Netzwerke. In seinem Manifest hatte der Terrorist beschrieben, dass es sein Ziel war, die „Zukunft der norwegischen sozialdemokratischen Partei auszulöschen“ und so den „Kulturmarxismus“ durch rechten Terror zu bekämpfen.

Für die internationale sozialdemokratische Bewegung war der Anschlag ein Einschnitt und eine Erschütterung wie selten ein Ereignis zuvor. In den Tagen nach dem Terrorakt entstanden weltweit Solidaritätsbekundungen aus Fahnen- und Blumenmeeren und die Hoffnung auf „mehr Demokratie, mehr Offenheit, mehr Menschlichkeit.“, wie der damalige Ministerpräsident Jens Stoltenberg im Rahmen der Trauerfeierlichkeiten als Reaktion ankündigte.

10 Jahre nach dem Anschlag

Bis heute gibt es noch keine offizielle staatliche Gedenkstätte; Es gab Pläne und Entwürfe, jedoch wurde der Bau von Anrainer*innen der Insel Utøya verhindert. Mitglieder der AUF werden immer wieder, insbesondere von der rechten und konservativen Seite, öffentlich und persönlich durch Briefe bedroht.

Am 22. Juli 2021 - zehn Jahre nach dem grausamen Anschlag auf unsere Schwesternorganisation - ist diese Tat noch immer unverstündlich und nicht begreifbar. Dennoch ist es enorm wichtig, diesen Tag und alles was mit ihm in Verbindung steht nicht zu

vergessen.

Diesen Sommer waren wir wieder in unserem Sommercamp in Döbriach. Für uns als Rote Falken war es deswegen sehr wichtig den Kindern und Jugendlichen, die am Tag des Terrorakts Kleinkinder oder noch nicht geboren waren, zu erzählen, was am 22. Juli 2011 passiert war und warum wir gedenken. Unser wohl wichtigstes Anliegen war es zu erklären, wie wir weiterhin für eine bunte und vielfältige Welt mit Solidarität und Gerechtigkeit kämpfen können. Gemeinsam mit den Kindern und Jugendlichen verbrachten wir einen Nachmittag mit altersgerechten Workshops. Am Ende wurden gemeinsam Steine bemalt, Nelken gebastelt und Blumen rund um unseren Gedenkstein im Falkencamp Döbriach gepflanzt. Im Anschluss daran hielten wir eine Gedenkzeremonie ab, bei der wir auch ein traditionelles Lied unserer norwegischen Schwesternorganisation AUF hörten. Es wurde gemeinsam geweint, einander Halt gegeben und vor allem wurden viele Gespräche geführt.

Aktiv gegen Faschismus

Vier Jahre nach dem Attentat kehrte die AUF 2015 auf die Insel Utøya zurück und hält seither wieder ihr jährliches Sommercamp ab. Sie kämpft weiter unermüdlich für ihre und auch für unsere Überzeugungen. Genauso wie für unsere Schwesternorganisation ist für uns eines ganz klar: Wir dürfen nicht müde werden, an unseren Werten festzuhalten und aktiv gegen Ausgrenzung und Faschismus aufzutreten. Wir lassen uns nicht aufhalten. Wir kämpfen gemeinsam für Vielfalt, Frieden, internationale Solidarität und Gerechtigkeit. Für diese Welt stehen wir, denn wir alle sind Antifaschist*innen: Gestern. Heute. Und Morgen. ■

Klaus Schöngrubner



Rote Falken beim Gedenken an die Opfer von Utøya vor dem Gedenkstein in Döbriach, Juli 2021



Esther Bejarano verstorben

Am 10. Juli dieses Jahres starb die 1924 geborene Auschwitz-Überlebende Esther Bejarano. Sie war eine Frau von großer Entschiedenheit und geradezu unglaublichem Elan. Auschwitz überlebte sie als Angehörige des sog. „Mädchenorchesters“. Die unermüdliche Zeitzeugin saß zuletzt am 8. Mai auf einer kleinen Bühne in Hamburg und erzählte von ihrer Befreiung am 3. Mai 1945 durch Soldaten der Roten Armee und der US-Armee, die kurz nacheinander in der kleinen Stadt Lübz eintrafen. Dort hatte Esther Bejarano mit einigen Freundinnen aus dem KZ Ravensbrück Unterschlupf gefunden, nachdem sie gemeinsam dem Todesmarsch entflohen waren.



Josef A. Preiselbauer

1986 gründete sie das Auschwitz-Komitee für die Bundesrepublik Deutschland. Als 1990 zum ersten Mal ein BundessprecherInnenkreis der VVN-BdA gewählt werden sollte und dafür Personen gesucht wurden, die Tradition und „Neuanfang“ verkörperten, stand sie dafür zur Verfügung und wurde eine der ersten Bundessprecherinnen. Nun ist die unermüdliche Zeitzeugin gegen Vergessen des historischen und Verharmlosen des aktuellen Faschismus, Mahnerin und Kämpferin für Menschenrechte, Frieden und eine solidarische Gesellschaft von uns gegangen.

Schwerer Verlust

Am 27. Juli 2021 ist unser Genosse Eduard Giffinger verstorben. Mit Edi verlor unser Bund einen engagierten Funktionär und lieben Freund. Er war ein leidenschaftlicher Antifaschist, der immer einen kühlen Kopf bewahrte und der nur selten laut werden musste.

Viele Jahre war er der Bezirksgruppe Liesing ein aktiver Vorsitzender, Mitglied des Wiener Landesvorstands und von 2010 - 2017 Rechnungsprüfer der Bundesorganisation. Bereits 2001 wurde ihm für sein Engagement die Otto-Bauer-Plakette verliehen.

Politisch geprägt als Kind bei den Roten Falken war Edi keineswegs „nur“ Antifaschist, er setzte sich als Sozialdemokrat, Betriebsrat und später hauptamtlicher Gewerk-



Gerald Netzl

schafter auch und besonders für die Vermenschlichung der Arbeitswelt ein. Für die Anliegen der Jugend und für antifaschistische Aktivitäten war er immer offen; seit seinem Amtsantritt als Bezirksvorsitzender hat die Bezirksgruppe Liesing ihre Mitgliederzahl verdoppelt. Wir werden in seinem Sinn weiterkämpfen.

Wir gedenken unserer Toten



Der südliche Wienerwald ist eine beliebte Wandergegend. Zwischen Seewiese und Kugelwiese, nahe Gießhübl, liegt im Wald versteckt der Predigerstuhl. Einst war rund um

diesen Felsen eine große Wiese, sie ist seit vielen Jahren zugewachsen.

Am 15. Juli 1934 wurden die beiden jungen Liesinger Arbeiter Hans Fröhlich und Richard Lehmann bei einer Kundgebung auf der Predigerstuhlwiese erschossen. Nur wenige Monate nach den Kämpfen des Februar 1934 versammelten sich im Juli die nun illegalen „Revolutionären Sozialisten“ um der Opfer des 15. Juli 1927 (Brand des Justizpalastes in Wien) zu gedenken. Genauso wie 1927 krachten wieder die Gewehre und zwei junge Menschen mussten

einen sinnlosen Tod sterben.

Seit Oktober 2004 erinnert unweit des Tatorts ein von den Bezirksgruppen Mödling und Liesing unseres Bundes gestifteter Stein mit einer Gedenktafel an das tragische historische Ereignis. Am 17. Juli 2021 trafen sich dort 25 AntifaschistInnen und ehrten die Toten. SPÖ- und FreiheitskämpferInnen-Mödling-Vorsitzender Hannes Weninger begrüßte die GenossInnen und sprach die historische Einleitung. Gerald Netzl würdigte unsere ehemalige Vorsitzende Rosa Jochmann, die vor



120 Jahren zur Welt kam und am 15. Juni 1934 zu den KundgebungsteilnehmerInnen sprach. Neu ist ein QR-Code, der zu einer Website mit den Hintergründen und wichtigen Daten führt. ■

„asozial“ – Ausstellungseröffnung in Hirm

Am 1. Juni 2021 wurde die Ausstellung „asozial – Ausgrenzung gestern und heute“ im Dorfsaal in Hirm eröffnet. Die Wanderausstellung des Instituts für Konfliktforschung behandelt die Verfolgung von als „asozial“ stigmatisierten Frauen und Mädchen im Nationalsozialismus. Eröffnet wurde die Ausstellung durch Landeshauptmann-Stellvertreterin Astrid Eisenkopf. Sie mahnte eingangs, dass die Gräueltaten des NS-Regimes nicht in Vergessenheit geraten dürfen, bei gleichzeitiger Verantwortung im Heute: „Wir müssen entschieden jeder Form von Hass und Ausgrenzung entgegenreten.“

Die Kuratorinnen der Ausstellung Helga Amesberger und Brigitte Halbmayr gingen in ihren Vorträgen einerseits auf die Hintergründe und Entste-

hung der Ausstellung ein. Aufgezeigt wurde sowohl die Systematik der Verfolgung als auch die Gewaltverfahrungen und Lebensgeschichten einzelner Frauen und Mädchen. Andererseits wurden Kontinuitäten der verwendeten Zuschreibungen wie „arbeitscheu“ oder „moralisch verkommen“ bis ins heute nachgezeichnet und diskutiert. Insbesondere die nach wie vor im politischen Diskurs oft bediente Abwertung von Arbeitslosen und SozialhilfeempfängerInnen war Thema. „Wir befinden uns in der größten Arbeitsmarktkrise der Zweiten Republik und schon wieder mehrern sich die Stimmen, die Arbeitslosen Arbeitsverweigerung vorwerfen. Was es eigentlich zu hinterfragen gilt, sind die Arbeitsbedingungen und die Löhne zu denen gearbeitet werden soll“, so die Vorsitzende der FreiheitskämpferInnen Burgenland Gabi Tremmel-Yakali. ■



Am Foto: SPÖ-Landesfrauengeschäftsführerin, Bundesrätin Sandra Gerdenitsch, Geschäftsführerin der Kinderfreunde Burgenland Caroline Kolonovits, Vorsitzende der FreiheitskämpferInnen Burgenland Gabi Tremmel-Yakali, Kuratorin Brigitte Halbmayr, Kuratorin Helga Amesberger, SJ-Landessekretärin Anna-Sophie Prünner, BSA-Landesvorsitzende Claudia Schlag und SPÖ-Bezirksvorsitzender Landtagsabgeordneter Dieter Posch.

Werner Burg: Mahner und Aktivist voller Tatendrang

Gen. Werner Burg hat sich sein ganzes politisches Leben als „sozialdemokratischer Volksbildner“ im wahrsten Sinn des Wortes engagiert. Ob in der Mödlinger Stadtpolitik oder im Vereinsleben ist er bis heute bemüht, sich für die Verbesserung der Lebensverhältnisse seiner MitbürgerInnen einzusetzen und aufklärerisch zu wirken. Heuer wurde er von der Bezirksgruppe Mödling der Sozialdemokratischen FreiheitskämpferInnen zum Ehrenvorsitzenden gewählt.

Das Leben des „Eisenbahners mit Leib und Seele“ ist ein Leben mit und für seine Mödlingerinnen und Mödlinger. Am 12. April 1934 in einfachen Verhältnissen geboren und aufgewachsen, konnte er 1952 im BRG Keimgasse maturieren und anschließend eine Eisenbahnerlaufbahn vom Fahrdienstleiter bis zum Oberinspektor bei der Bundesbahndirektion Wien und Eisenbahn-Gewerkschafter einschlagen.

Als SPÖ-Stadtparteiobmann von 1980-1993, als Gemeinde- und Stadtrat zwischen 1967 und 1990, als Vizebürgermeister und als Bürgermeister der Bezirkshauptstadt Mödling (1982-1985) setzte er bis heute wirkende Projekte im Kultur-, Sport- und Naturschutzbereich um. In den meisten seiner Vereinsfunktionen wirkt er mit ungebrochener Schaffenskraft. „Werner radelt durch Mödling, organisiert Veranstaltungen, kümmert sich um Werbung und Sponsoring und plant ständig neue Projekte“, beschreiben seine MitkämpferInnen aus der Gesellschaft für Kulturpolitik, den Alt-Fußballern

oder dem Verein der Freunde der Hyrtl'schen Waisenanstalt.

Als Mahner, Aufklärer und Zeit-historiker nutzt Werner Burg unseren Bund, um unermüdlich für Menschlichkeit und gegen jede Art von Diskriminierung anzukämpfen. Als geschäftsführender Obmann der Bezirksgruppe Mödling seit 1999, als Landesobmann-Stv. und Mitglied des Bundesvorstandes seit 2005 profilierte er sich als „historische Instanz“.

In seinen Mitteilungsblättern stellt er historische Ereignisse in gegenwärtige Zusammenhänge, publiziert zeitgeschichtliche Ausstellungen und Broschüren vor allem zur Geschichte der ArbeiterInnenbewegung und initiiert Denkmäler, Gedenktafeln und Stolpersteine in seiner Stadt. „Werner vergisst kein historisches Datum, zu dem er nicht einen Text schreibt, einen Vortrag hält oder eine Veranstaltung organisiert“, freut sich SPÖ-Bezirksvorsitzender (und seit Kurzem auch Freiheitskämpfer-



V. l. n. r. Hannes Weninger, Hans-Karl Uhl und Werner Burg bei der Februar-Gedenkfeier 2020 in Mödling

SPÖ Mödling

rInnen-Bezirksvorsitzender!) LAbg. Hannes Weninger über Burgs sprudelnde Schaffenskraft.

Für die FreiheitskämpferInnen von besonderer Bedeutung sind u.a. die aufwendige Renovierung der Mödlinger Schutzbundfahne aus dem Jahr 1924 und die Produktion eines Duplikats, das gerne bei den traditionellen Februar 1934-Gedenkkundgebungen beim Denkmal für die Opfer des Faschismus am Stadtfriedhof präsentiert wird. Ebenso gehen z.B. das Denkmal für die ehemalige Synagoge, das Mahnmal am Gelände des ehemaligen KZ Hinterbrühl und die Gedenktafel für die Opfer auf der Predigerstuhlwiese (gemeinsam mit

den GenossInnen aus Liesing) auf seine Initiative zurück.

„Für sein vorbildhaftes Engagement wurde Werner Burg 2005 von den FreiheitskämpferInnen mit der Otto Bauer-Plakette ausgezeichnet - Otto Bauer sprach von der ‚revolutionären Kleinarbeit‘ - und ist bis heute als Funktionär im wahrsten Sinne des Wortes umtriebig, aktiv und voller Ideen“, streut Bundesvorsitzender Gerald Netzl seinem Mitkämpfer aus Mödling Rosen – und rote Nelken. Wir wünschen dem neuen Ehrenvorsitzenden Gesundheit, Schaffenskraft und Freude im Kreis seiner Gesinnungsgenossen.

Hannes Weninger ■

Wir gratulieren: Juli bis September 2021

101. Geburtstag: Weiss Franz, Steyr. **95. Geburtstag:** Maier Raimund, Graz; Cettl Hedwig, Guth Johann, Packert Walter, Wien. **93. Geburtstag:** Vogl Helmuth, Eisenstadt; Muhr Franz, Mannswörth; Palacios-Nunez Hilde, Wels; Braun Ernst, Guttmann Rosi, Spitzer Felix, Wien. **92. Geburtstag:** Eypeltauer Beatrix, Linz; Riedl Josefine, Sankt Kanzian; Fischer Max, Pepper Edith, Zaufarek Rudolf, Wien. **91. Geburtstag:** Mang Heinz, Graz; Reichenpfader Stefanie, Linz; Kalwoda Willibald, Schlierbach; Kollonitsch Ingeborg, St. Pölten. **90. Geburtstag:** Loidolt Franz, Perchtoldsdorf; Hörtner Rosi, Meyer Maria, Ostry Gertrude, Wien. **85. Geburtstag:** König Peter, Alt-Nagelberg; Andexlinger Josef, Linz; Bauer Elisabeth, Bernthaler Anna, Heindl Kurt, Pimassl Robert, Reviczky Günther-Bernhard, Schmidt Franz, Wien; Sparer Isidor, St. Pölten. **80. Geburtstag:** Keusch Eduard, Böhlerwerk; Freismuth Alfred, Eichgraben; Ficker Elisabeth, Eisenstadt; Puhm Georg, Hirm; Herold Roland Peter, Kaumberg; Alfanz Ferdinand, Landl; Königsberger Helmut, Mödling; Duda Manfred, Moosbrunn; Plessl Anton, Perchtoldsdorf; Reiterer Hannelore, Ternitz-Pottschach; Baldrman Josef, Bernkopf Elfriede, Haidler Elisabeth, Hradil Alfred, Hronicek Johanna, Judmann Johann, Lisy Wolf-Dietrich, Ludl Bruno, Riahi Susanna, Sramek Heinz, Wien; Valek Willfried, Wr. Neustadt. **75. Geburtstag:** Faber Hilde, Bad Leonfelden; Lackner Manfred, Bludenz; Buchner Leopold, Giesshübl; Link Fritz, Plasil Walter, Innsbruck; Windbichler Hermann, Lanzenkirchen; Buchinger Helga, Linz; Wicher Johann, Schwechat; Harrach Johann, Sollenau; Schleicher Claudia, Velden; Wille Maria, Vomp; Bauer Julius, Chalupsky Gertrud, Elischak Heinrich, Farthofer Walter, Fetzer Franziska, Frages Josef, Jantschke Christine, Jost Helmut, Nowotny Ingrid, Prechler Johann, Renner Heinz, Reznicek Rosemarie, Scheutl Karl, Urban Peter, Vrazek Karl, Waberer Helga, Wien.

Sie lebte und starb im Dienste der sozialistischen Idee

In der letzten Ausgabe des „Kämpfers“ im vergangenen Jahre wurde das Leben der sozialistischen Antifaschistin Hilde Meisel in einem Beitrag kurz beschrieben – mit dem Hinweis, dass in Feldkirch eine längst überfällige Ehrung dieser mutigen Kämpferin gegen den Faschismus stattfinden wird.

Am 17. April, dem 76. Jahrestag ihres gewaltsamen Todes am Grenzübergang Tisis, war es nun endlich so weit. Am evangelischen Friedhof von Feldkirch versammelten sich zahlreiche Männer und Frauen, um den wiederhergestellten Grabstein Hilde Meisels zu begutachten (sie wird darauf als Hilde Monte-Olday geführt), nachdem dieser zuvor im Rahmen einer Restaurierung eher verunstaltet, denn erneuert worden war. Zusätzlich wurde eine Gedenktafel zu Ehren Meisels präsentiert, auf welcher der Lebensweg überblicksmäßig nachgelesen werden kann. Die Pfarrerin der evangelischen Gemeinde Feldkirchs,



FreiheitskämpferInnen Vorarlberg

Margit Leuthold, der Direktor des Jüdischen Museums Hohenems, Hanno Loewy, und der Klubobmann der Vorarlberger SPÖ, Thomas Hopfner, richteten kurze Ansprachen an die versammelten Gäste.

Der zweite Teil der Feierlichkeiten zum Andenken Hilde Meisels fand anschließend in den Räumlichkeiten der Arbeiterkammer in Feldkirch statt: Andreas Wilkens von der Paul-Verlaine-Universität Metz und Tobias Reinhard vom Jüdischen Museum Hohenems referierten jeweils über das Leben und Schaffen Hilde Meisels und zeichneten den Lebensweg dieser überzeugten Sozialistin für die Anwesenden nach. Alles in allem und trotz der Verkomplizierung durch die Corona-Pandemie war die Veranstaltung ein Erfolg. Hilde Meisels Opfer im Kampf gegen den Faschismus wird in Vorarlberg nicht so schnell vergessen werden.

Severin Holzknicht ■

SPÖ-Gedenkfeier für Leopold Petznek

Anlässlich des 140. Geburtstages von Leopold Petznek enthüllte die SPÖ im Rahmen eines Festaktes ein neues Denkmal für den Mödlinger Politiker und Schuldirektor. „An Petzneks Biografie lässt sich die Geschichte unserer Heimat von der Habsburger-Monarchie bis zur Zweiten Republik nachvollziehen“, betonte SPÖ-Bezirksvorsitzender LAbg. Hannes Weninger die Bedeutung von Gedenkarbeit.

Leopold Petznek wurde am 30. Juni 1881 in Bruck an der Leitha geboren und wuchs nach dem frühen Tod seiner Eltern im Hyrtl'schen Waisenhaus in Mödling auf. Ab 1900 arbeitete er als Volksschul- und Bürgerschullehrer und von 1930-1933 als Direktor der Volks- und Hauptschule Mödling. Petznek engagierte sich seit seiner Jugend in der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP), war ab 1919 Gemeinderat in Mödling, Abgeordneter zum NÖ Landtag (1921-1934), Zweiter Präsident des NÖ Landtages (1927-1934),

Klubobmann, Bezirksparteiobmann und in den 1920er-Jahren Schutzbundkommandant des Viertels unter dem Wienerwald.

KR Andreas Holzmann erinnerte in seiner Ansprache an die Gründung der „Gemeinnützigen Bau- und Wohnungsgenossenschaft für Mödling“ im März 1912 und das Engagement von Leopold Petznek als erster Vorsitzender des Aufsichtsrates. Als die schrecklichsten Zeiten seines Lebens beschrieb SPÖ-Bezirksvorsitzender Hannes Weninger Petzneks Verhaftung in Mödling am 12. Februar 1934 durch das austrofaschistische Dollfuß-Regime und seine Deportation in das Konzentrationslager Dachau im August 1944. Trotz seiner angeschlagenen Gesundheit übernahm er auf Wunsch von Staatskanzler Karl Renner im November 1945 die Funktion des ersten Präsidenten des Rechnungshofes in der jungen Zweiten Republik. Gemeinderätin Marina Wilde skizzierte Petzneks glamouröse Beziehung zu



Unsere Genossinnen und Genossen beim neuen Denkmal für Leopold Petznek in der Hauptstraße 42 in Mödling.

Elisabeth Marie Windisch-Graetz, mit der er seit den 1920er-Jahren liiert war und die er erst im Mai 1948 heiraten konnte. Elisabeth war niemand geringerer als die im Schloss Laxenburg geborene einzige Tochter von Thronfolger Rudolf und Lieblingsenkelin von Kaiser Franz Joseph. An Leopold Petzneks Seite

wurde aus dem Habsburger-Spross die „rote Erzherzogin“, die an seiner Seite an Parteiveranstaltungen und Maiaufmärschen teilnahm und mit ihrem Erbe den ehemaligen Klassenfeind unterstützte.

Hannes Weninger ■

Liste der NS-Opferorte in Österreich

2.113 NS-Opferlager wurden in zwei Forschungsprojekten des Bundesdenkmalamtes von ArchäologInnen und ZeithistorikerInnen in Österreich festgestellt, dokumentiert und vom Bundesdenkmalamt in einer Liste erfasst. Diese Liste ist auf der Website www.bda.v.at abrufbar.

Von den wenigsten Lagern sind heute noch Überreste wie zum Beispiel Mauern oder Baracken erhalten, weshalb eine Zusammenführung der Daten und wissenschaftliche Dokumentation umso dringlicher erscheint. Bei zwei Drittel dieser Lager, die auch Lager von ZwangsarbeiterInnen umfassen, wurde durch intensive Forschungen und unter Verwendung der GIS-Atlanten der Bundesländer, Orthofotos und Lidar-Bildern eine parzellengenaue Lokalisierung erreicht. Bei etwa einem Drittel bleibt die genaue geografische Lage bislang ungeklärt.

Zahlreiche Einzelpersonen sowie Forschende trugen zur Erweiterung und Vertiefung der Forschung bei. Neben zahlreichen Online-Publikationen (zum Beispiel regionale Zeitschriften) wurden Sekundärquellen spezialisierter Bibliotheken erfasst. Eine Fülle an Material, welches von Ortschronistinnen und Ortschronisten, Privatforschenden und Bürgerinitiativen online zur Verfügung gestellt wurde, konnte ebenfalls in das Projekt einfließen. ■



Erstmals Gedenkraum für Stalag 17B in Krems-Gneixendorf

Mit historischer Aufarbeitung und politischer Bildung wird in Krems-Gneixendorf zum wiederholten Male ein Zeichen gesetzt. Die Stadt Krems unterstützt den Erinnerungsraum im Gasthaus Walzer, der an eines der größten Kriegsgefangenenlager im Zweiten Weltkrieg erinnert. Gen. Klaus Bergmaier, Gemeinderat in Krems und Mitglied unseres Bundesvorstands, berichtet.

„Die Bildungs- und Kulturstadt Krems hat die Verpflichtung ihre Geschichte - insbesondere die Zeit des Nationalsozialismus - zu beleuchten und aufzuarbeiten und daraus für Jetzt und die Zukunft zu lernen. Dabei werden wir fachlich von einem HistorikerInnenbeirat mit großer Expertise und unter anderem von Schulen unterstützt. Mein Wunsch ist, dass viele Menschen diesen kulturhistorischen barrierefreien Ausstellungsraum besuchen, um zu sehen, was in ihrer unmittelbaren Umgebung alles passiert ist.“ Mit diesen Worten eröffnete Bürgermeister Gen. Dr. Reinhard Resch den Gedenkraum für das Stalag 17B. Rosa-Jochmann-Plaketten-Träger Resch ist es in den neun Jahren, die er nun Bürgermeister der Stadt Krems ist, gelungen, eine herzeigbare und würdige Gedenkkultur aufzubauen, die es davor unter ÖVP-BürgermeisterInnen de facto nicht gab bzw. sogar verhindert und unterdrückt wurde.

Zum Stalag (= Stammlager) 17B

(Wehrkreis 17 war das Gebiet der heutigen Bundesländer OÖ, NÖ, Wien und nördl. Bgld.), das ja - auch für einen Großteil der KremserInnen - bis dato nur der Titel eines Hollywoodfilms war, gab es bislang in Krems nur eine Erinnerungsskulptur von Christian Gmeiner (erinnern.at). Ein Vergessen ist aber für viele (mittlerweile so gut wie nur noch) Nachkommen der Gefangenen nicht möglich. Viele der über 60.000 Insassen überlebten dieses Lager nicht, ihre Nachkommen suchten und suchen nach Spuren der Vergangenheit. Sie sind bei einem Besuch des ehemaligen Lagergeländes enttäuscht, nur überwucherte Überreste zu finden.

Am 26. Oktober 1939 wurde in Gneixendorf das größte Kriegsgefangenen-Mannschaftsstammlager auf (heute) österreichischem Boden erbaut. Die Behandlung der Gefangenen war von rassistisch-ideologischen Motiven geprägt, so war die Mortalitätsrate unter sowjetischen



v.l.n.r. Bgm. Dr. Reinhard Resch und Historiker Dr. Robert Streibel.

Gefangenen besonders hoch. Bis zu 66.000 Kriegsgefangene verschiedener Nationen waren zeitweise in diesem Lager inhaftiert.

Ab April 1945 wurde das Lager aufgrund des Kriegsgeschehens evakuiert und die Insassen marschierten 300 Kilometer bis nach Braunau. Dort wurden sie am 3. Mai 1945 befreit.

Nun ist es dem Historiker Robert Streibel gemeinsam mit Günter Stockinger sowie mit Unterstützung der Historikerin Barbara Stelzl-Marx und den Schülerinnen und Schülern der HLF-Krems (vorwissenschaftliche Arbeiten) Xaver Heigl, Helene Moser, Sebastian Siebenhandl und Victoria Teuschl gelungen, diesen Gedenkraum zu realisieren. Auch

aufgrund der Initiative von Familie Lintner, die seit einigen Jahren das Traditionsgasthaus Walzer im Kremser Stadtteil Gneixendorf führt, wurde dies möglich. Die jungen, engagierten Wirtsleute hatten immer wieder Nachfragen von Gästen, die offenbar Angehörige von Opfern waren, und stellten somit gerne einen Raum zur Verfügung.

Ein Ort, der in verschiedenen Sprachen beschrieben wird und der für Angehörige und Interessierte frei zugänglich ist. Der Raum ist geschichtlich sorgfältig aufbereitet und erzählt von Erinnerungsliteratur und Karikaturen, die im Lager entstanden sind. Fotos und Flaggen erinnern an die Internationalität der Lagerinsassen, die oftmals auch als Zwangsarbeiter eingesetzt wurden. ■



Zeitgeschichte Museum und KZ- Gedenkstätte Ebensee

Im Jahr 1988 entstand die Idee, basierend auf den historischen Forschungen von Prof. Peter Kammerstätter zum Widerstand im Salzkammergut, ein Museum zu errichten. Museum und KZ-Gedenkstätte werden mittlerweile von einem Verein mit derzeit rund 400 Mitgliedern getragen. Neben öffentlichen Förderungen, Eintrittsgebühren, Buchverkauf und Spenden finanziert sich der Verein auch durch Mitgliedsbeiträge.

Die Gemeinde Ebensee stellte ein altes Schulgebäude (Baudatum 1776) zur Verfügung, das ab 1991 generalsaniert wurde. Die inhaltliche Konzeption des Museums erweiterte sich in der Folge auf den historischen Zeitraum von 1918 bis 1955. Schwerpunkte der 2001 eröffneten Ausstellung sind: Lagerkultur der Ersten Republik, Februar 1934, Austrofaschismus, Nationalsozialismus, Verfolgung und Widerstand, KZ Ebensee und Nachkriegszeit. Rund 1.000 Exponate, Fotos, Zeitungsartikel, Plakate, Videosequenzen und Hörtexte werden in drei Ausstellungsräumen präsentiert. Als regionales Museum mit internationalen Kontakten beschäftigt es sich vor allem mit den weniger bekannten historischen Ereignissen der Region. 2016 konnte die Ausstellung um zahlreiche Artefakte erweitert und in einigen Teilbereichen umgestaltet werden.

KZ-Gedenkstätte

Zeitgleich entstand am Gelände des früheren KZ Ebensee eine Ausstellung in einem der unterirdischen Rüstungsstollen. Einige Jahre später wurde der „Löwengang“, der Weg der ehemaligen Häftlinge zur Arbeitsstelle in der Stollenanlage A, begehbar gemacht und eine steinerne Treppe freigelegt. 2012 konnte am KZ-Opferfriedhof ein Denkmal errichtet werden, das 8.500 Namen von allen namentlich bekannten KZ Opfern integriert.

Forschung, Archiv und Bibliothek

Das Museumsgebäude beherbergt heute ein umfangreiches Archiv zur politischen Geschichte des Salzkammerguts und zum KZ Ebensee. In einer Datenbank sind 26.500 Insassen des KZ Ebensee erfasst, sodass Angehörigen und Forscher*innen



zVg

unmittelbar Auskunft gegeben werden kann. Das Archiv und die Bibliothek zur Zeitgeschichte ist öffentlich zugänglich und steht Schüler*innen, Studierenden und Forschenden zur Verfügung. Von den Museumsmitarbeiter*innen wurden in den vergangenen Jahren zahlreiche Forschungsprojekte durchgeführt: „Arisierung“ in Bad Ischl, Schicksal der Juden im Salzkammergut, namentliche Erfassung der KZ-Opfer, Daten zum Judenzwangsarbeitslager in Traunkirchen, Datenerfassung zum DP-Camp Ebensee. Aufsätze erscheinen regelmäßig in der Museumszeitschrift „betrifft widerstand“.

Pädagogik

Ein Arbeitsschwerpunkt des Museums und der KZ-Gedenkstätte ist die pädagogische Betreuung von Schulklassen und von Besuchergruppen. Im Museum arbeiten die

Schüler*innen selbsttätig in Gruppen und präsentieren ihre Ergebnisse von unseren Betreuer*innen begleitet und moderiert. In der KZ-Gedenkstätte werden ganzjährig kommunikationsorientierte Begleitungen angeboten. Im Zeitgeschichte Museum finden regelmäßig auch historische Vorträge statt. Darüber hinaus organisiert der Verein die Internationale Gedenkfeier im Mai am KZ-Opferfriedhof.

Wolfgang Quatember ■

Kontakt und Infos zu Mitgliedschaft, Öffnungszeiten, Preisen: Zeitgeschichte Museum Ebensee, Kirchengasse 5, 4802 Ebensee, Tel: 06133-5601 E-Mail: museum@utanet.at www.memorial-ebensee.at



Dominik Lang

Erinnerung an Otto Bauer



V.l.n.r.: Hannes Harwanegg, Bezirksvorsteher Marcus Franz, Stadträtin Kathrin Gaal und Gerald Netzl

Unsere Bezirksgruppe Favoriten erinnerte anlässlich der 140. Wiederkehr seines Geburtstages am 5. September 1881 gemeinsam mit der SPÖ Favoriten an den großen Sozialisten Otto Bauer. Man traf sich bei der Gedenktafel in der Köglergasse, die auf die improvisierte Kommandozentrale des Republikanischen Schutzbunds im Februar 1934 im George-Washington-Hof hinweist. Im Anschluss referierte Gen. Wolfgang Maderthaner über Leben und Wirken Otto Bauers. ■



Gerald Nezzl

Mahnmal des Anhaltelagers Wöllersdorf

Fährt man mit dem Auto von Wiener Neustadt zum Autobahnanschluss Wöllersdorf, steht rechts vom Kreisverkehr zur Nordspange das Mahnmal zur Erinnerung an das Anhaltelager.

Ungefähr an der Stelle stand die „Schwarze Baracke“, die von den Nationalsozialisten am 2. April 1938 unter hohem medialen Propagandaaufwand abgebrannt wurde (in Wöllersdorf waren mehr Nazis als Sozialdemokraten und Kommunisten interniert, Anm.). Heute ist vom Anhaltelager, das bereits am 17. Oktober 1933 eingerichtet wurde, nicht mehr viel zu sehen. Der größte Bereich gehört der MA 31 (Wiener Wasser). Alle Gebäude des Lagers wurden niedergedrückt, sichtbar von außen sind nur noch Reste der Baracken 84 und 85 (Inhaftierte wurden hier einquartiert).

Schon 1963 gab es durch den Landesparteivorsitzenden der SPÖ Ernst Winkler und Bruno Pittermann, Vorsitzender der SPÖ und Vizekanzler, erste Absichten zur Errichtung eines Mahnmals, das jedoch nicht zustande kam. 1973 wurde der Verein „Mahnmal Februar 1934“ mit Rosa Jochmann (Bund sozialistischer Freiheitskämpfer), Anton Benya (ÖBG Präsident, NR), Hans Czettel (SPÖ NÖ), Fritz Marsch (Zentralsekretär SPÖ) u.v.m. gegründet.

Das Konzept des Mahnmals stellt die unüberwindliche Umzäunung des Anhaltelagers dar. Die Inschrift des ersten Entwurfes lautete: „*IN MEMORIAM KZ WÖLLERSDORF*“ wurde aber verworfen und durch die heutige Inschrift ersetzt. Den künstlerischen Entwurf zeichnete der Akademische Maler Alfred Kirchner. Verantwortlich für die Errichtung des Mahnmals war der Architekt Leo Kammel, Wien IX, mit der Firma Lang & Menhofer aus Wr. Neustadt. Laut dem Zeitzeugen Dr. Johann Stippel (NR i.R.) kam beim Aufstellen des Mahnmales ein Arbeiter zu Tode (leider gibt es dazu keine weiteren Unterlagen).



Gerald Nezzl

Am 10. Februar 1974 hielten Bruno Kreisky, Rosa Jochmann, Otto Probst, Johann Haas (ehemaliger Schutzbundkommandant des Wiener Karl Marx Hofes) und Irmgard Auer (Junge Sozialisten) in der Schwechater Halle in Wr. Neustadt (heute steht an diesem Platz eine Wohnanlage) in Anwesenheit von 3.000 ZuhörerInnen aus ganz Österreich Reden zur Erinnerung an das Anhaltelager. Anschließend führten die KundgebungsteilnehmerInnen in das ehemalige Areal des Anhaltelagers. Bruno Kreisky, Rosa Jochmann, Rudolfine Muhr und Anton Benya enthüllten das Mahnmal. Die Mitglieder der FreiheitskämpferInnen sollten dieses Mahnmal und seinen Standort kennen.

Franz Gehring ■



Gerald Nezzl



Vom Hochverrat zur Ehrung durch die Republik Österreich

Am 4. September 2020 wurden den WiderstandskämpferInnen Maria und Karl Fischer postum die „Ehrenzeichen für Verdienste um die Befreiung Österreichs“ verliehen. Der Enkel bzw. Sohn Mariä und Karl Fischers blickt zurück auf Jahrzehnte der Erinnerungs-, Gerechtigkeits- und Würdigungsarbeit.

Ich war noch Kind, als meine Großmutter Maria 1962 und mein Vater Karl 1963 – vermutlich auch aufgrund jahrelanger Inhaftierungen – frühzeitig starben. Was ich zu dieser Zeit nicht wusste: mein Vater, gelernter Einzelhandelskaufmann, Mitbegründer der Revolutionären Kommunisten Österreichs (RKÖ) und Widerstandskämpfer gegen Austrofaschismus, Nationalsozialismus und Stalinismus, war fast 13 Jahre in drei diktatorischen Systemen inhaftiert. Meine Großmutter, Seidenwinderin und Textilarbeiterin, war Mitglied der in RKÖ-Tradition stehenden Widerstandsgruppe Gegen den Strom. Detaillierte Informationen über beide Lebensläufe finden sich in den Wikipedia-Artikeln Karl Fischer (Widerstandskämpfer) und Maria Fischer (Widerstandskämpferin, 1897).

„Die Toten ruhen lassen?“

Bis zum Beginn meines Studiums wusste ich über meine Großmutter und meinen Vater fast nichts. Wenn ich Auskünfte über sie wollte, hieß es meistens, „man solle doch die Toten ruhen lassen“.

Anfangs der 1980er-Jahre gab mir eine Freundin den unvermuteten Hinweis, es würde demnächst ein biografisches Buch über meinen Vater erscheinen. 1981 stöberte ich in der Bücherei der SPÖ-Parteizentrale ein Exemplar des neuen Buches von Fritz Keller: In den Gulag von Ost und West. Karl Fischer. Arbeiter und Revolutionär, ISP-Verlag, Frankfurt/Main 1980 auf. Ich konnte es kaum glauben, als ich den Titel las. Nach intensiver, mich sehr erschütternder Lektüre des Buches ruhte zumindest ich fortan nicht mehr.

Rehabilitierungen

Ich begann, verloren gegangene Kontakte zu damals noch lebenden GesinnungsgenossInnen meiner Großmutter und meines Vaters zu knüpfen: Georg Scheuer, Ernst Federn, Josef Hindels, Josef Reinwein und Mélanie Berger-Volle. Sie alle halfen mir, durch sehr persönliche „Puzzlestücke“, mit Erzählungen und Dokumenten, die Biografien meiner Vorfahren für mich aufzuhellen. Sie ermutigten mich auch, mich für nachträgliche Gerechtigkeit gegen

über meiner Großmutter und meinem Vater einzusetzen.

Daher beantragte ich 1995 die Rehabilitierung meines Vaters durch die Russische Föderation. Das 1947 von der UdSSR gegen ihn verhängte Urteil zu 15 Jahren „Besserungsarbeitslager“ wegen angeblicher Spionage und Hochverrates wurde 1996 als unrechtmäßig aufgehoben.

Weiters beantragte ich 2012 die Rehabilitierung meines Vaters durch die Republik Österreich. Die 1937 gegen ihn ergangenen Urteile zur Strafe von fünf Jahren schweren Kerkers wegen des Verbrechens des Hochverrates wurden 2013 rückwirkend als nicht erfolgt aufgehoben.

Meine Großmutter wurde 1943 von der NS-Justiz – ebenfalls wegen Hochverrates – zu fünf Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt. In Österreich wurden alle zu Unrecht verhängten NS-Urteile rückwirkend sowohl durch das Aufhebungs- und Einstellungsgesetz 1945 als auch pauschal durch das Anerkennungsgesetz 2005 aufgehoben.

Ehre, wem Ehre gebührt

2019 bat ich Herrn Bundespräsident Dr. Alexander Van der Bellen schriftlich, meine Großmutter und meinen Vater „für die postume Verleihung des Ehrenzeichens für Verdienste um die Befreiung Österreichs in Betracht zu ziehen“.

Die Präsidentschaftskanzlei antwor-

tete mir, mich um weitere Unterstützung meines Anliegens an einen Opferverband meines Vertrauens wenden zu können. Da mein Vater ab 1957 Mitglied des Bundes Sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus war, nahm ich Kontakt mit dem geschäftsführenden Vorsitzenden Gerald Netzl auf und fand seinerseits umfassende Hilfestellung, wofür ich sehr dankbar bin. Im Herbst 2020 wurde ich durch ihn informiert, das Verfahren sei positiv abgeschlossen.

Die Überreichung der Ehrenzeichen durch den steirischen Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer sollte bereits im November 2020 in Graz stattfinden, dies war aber aufgrund des Corona-Lockdowns nicht möglich. Am 29. Juni 2021 überreichten mir nun Landeshauptmann-Stellvertreter Anton Lang (in Vertretung des Landeshauptmannes) und Landesrätin Barbara Eibinger-Miedl im Rahmen einer sehr würdigen Ehrenfeier in der Alten Universität Graz die an meine Großmutter und meinen Vater verliehenen Ehrenzeichen.

Die Geschichte spannt einen Bogen vom Hochverrat über die Rehabilitierungen bis hin zu den Ehrungen durch die Republik Österreich.

Roland Fischer ■

Ehrung für Karl Pfeifer

Im April 2020 beschloss die Wiener Landesregierung, Karl Pfeifer mit dem Goldenen Verdienstzeichen des Landes Wien auszuzeichnen. Diese Ehrung ist eine späte Anerkennung für sein nimmermüdes Engagement und für sein kämpferisches, von Zivilcourage bestimmtem Leben, dem jeglicher Opportunismus fremd ist.

Seit mehr als vier Jahrzehnten ist Karl Pfeifer als vielseitiger Journalist tätig - bis 1995 als Redakteur des Organs der Israelitischen Kultusgemeinde und darüber hinaus bis heute mit regelmäßigen Publikationen in österreichischen und internationalen Medien.

Karl Pfeifer wurde 1928 in Baden bei Wien geboren. Er machte bereits frühe Erfahrungen mit Antisemitismus. Dieser eskalierte nach der Machtergreifung der Nazis, als er im Alter von zehn Jahren durch eine Hetzmeute von Hitlerjungen misshandelt wurde. Im Sommer 1938 flüchtete er mit den Eltern nach Ungarn, wo viele Verwandte lebten. Dort schloss er sich der im Untergrund agierenden sozialistisch-zionistischen Jugendbewegung Haschomer Hazair an. 1943 konnte er sich mit einem Jugendzertifikat auf dem Landweg in das britische Mandatsgebiet Palästina retten, wo er in zwei Kibbuzim Aufnahme fand. 1945 offenbarte die Nachricht von der Befreiung Europas zugleich das monströse Ausmaß des Verbrechens: 36 Angehörige Karl Pfeifers waren in der Shoa ermordet worden.

Nach dem Ende der Kibbuzschule trat er in den Palmach ein, einer auf egalitären Prinzipien aufgebauten Eliteeinheit der Verteidigungsorganisation Hagana. Bei der Sicherung des Verkehrs im Negev wurde auch Karl Pfeifer aus dem Hinterhalt beschossen und verwundet. Ab 1948 nahm er am israelischen Unabhängigkeitskampf teil. Nach der Abrüstung gestaltete sich die Arbeitssuche schwer, weshalb ihm Verwandte in Zürich einen Einführungskurs in einer Schweizer Hotelfachschule vermittelten. Durch die Einladung eines Freundes reiste er nach Frankreich weiter, von wo er 1951 nach Österreich abgeschoben wurde.

Das Land, das ihn und seine Familie mit Gewalt vertrieben hatte, ließ ihn auch bei der Rückkehr nicht willkommen und so musste Karl Pfeifer seine erste Zeit in Österreich im Wie-

ner Obdachlosenheim Meldemannstraße verbringen. In Bad Gastein absolvierte er die Hotelfachschule und wurde nicht nur dort mit ungebrochen vorherrschender Nazigung konfrontiert. Die nächsten zwei Jahrzehnte war er beruflich in verschiedenen Ländern im Hotelgewerbe tätig, ehe er sich in den 1970er Jahren wieder in Österreich niederließ und 1979 seine zweite Berufslaufbahn als Journalist begann. Vor allem die Kontakte zur ungarischen demokratischen Opposition waren dabei entscheidend und Karl Pfeifer wurde zu einem Bindeglied des Informationsflusses zwischen ungarischen Dissidenten und westlicher Öffentlichkeit.

In vielen Zeitschriften berichtete er über die Probleme der ungarischen Gesellschaft. Das kommunistische Regime reagierte prompt: Insgesamt dreimal wurde Karl Pfeifer aus Ungarn ausgewiesen und einmal mit einem Einreiseverbot belegt. Auch heute nimmt Ungarn wieder einen wichtigen Teil seines publizistischen Engagements ein. Die fortwährende Aushöhlung der Demokratie durch die Regierung Orbán, der zunehmende Antisemitismus und Antiziganismus und der offiziell betriebene Geschichtsrevisionismus werden von ihm laufend thematisiert. Die Verhältnisse in Österreich kommen aber dabei nicht zu kurz. Der hierzulande leider auch unter Linken grassierenden und sich als Antizionismus deklarierenden feindseligen Stimmung gegenüber Israel tritt Karl Pfeifer stets beherzt entgegen und er wird dadurch immer wieder zum Objekt aggressiver Beflegelungen.

Und als sich 1995 im Jahrbuch der Freiheitlichen Akademie ein Politologe zur skandalösen Geschichtslüge von „der jüdischen Kriegserklärung“ an Deutschland im Jahr 1933 verstiegen hatte, warf ihm Karl Pfeifer mit Recht „Nazitöne“ vor, worauf er vom Autor geklagt wurde. Obwohl freigesprochen, wurde in der Folge Karl Pfeifer von Andreas Möl-



wikipedia/Otto Normalverbraucher

Karl Pfeifer anlässlich einer Vorstellung von „Zwischen den Stühlen“ im Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW)

zer (FPÖ) massiv diffamiert und es ist beschämend, dass im folgenden Rechtsstreit nicht die österreichische Justiz, sondern erst der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte ihm 2007 Gerechtigkeit widerfahren ließ. Karl Pfeifer schreibt auch über historische Themen und ist ebenso ein fleißiger Buchrezensent. Seit vielen Jahren schon tritt er als Zeitzeuge in Schulen auf.

Als Einzelkämpfer im besten Wortsinn war Karl Pfeifer nie bereit, sich einer Gruppendisziplin zu unterwerfen, was ihm die unbequeme Position „zwischen allen Stühlen“ (so auch der Titel eines Filmes über sein Leben) bescherte. Wahrscheinlich ist es vor diesem Hintergrund kein Zufall, dass ihm erst 2021 eine Amtsbescheinigung im Rahmen der Opferfürsorge zuerkannt wurde - und das erst durch den Einsatz des für die Opferfürsorge zuständigen Genossen der Sozialdemokratischen

FreiheitskämpferInnen. Kein Ruhmesblatt für die Republik Österreich und ihren Umgang mit Menschen wie Karl Pfeifer, dem wir großen Dank für alles sagen und noch viele gesunde und produktive Jahre wünschen!

Heimo Gruber und Peter Weidner ■



DÖW-Projekt „Das Schicksal der ersten von Wien ins besetzte Polen deportierten Juden: Nisko-Online-Edition“

Das DÖW hat im Juni 2021 das vom Zukunfts- und vom Nationalfonds mitfinanzierte Projekt „Das Schicksal der ersten von Wien ins besetzte Polen deportierten Juden: Nisko-Online-Edition“ beendet. Dabei wurden Quellen zur Nisko-Aktion erschlossen, die den Leidensweg der Deportierten und deren persönliche Verfolgungsgeschichte zeigen. Darüber hinaus konnte durch die Verlinkung der Transportlisten mit der Opferdatenbank des DÖW das Schicksal der im April 1940 nach Wien zurückgekehrten Männer sichtbar gemacht werden. Viele von ihnen wurden später von hier aus in die nationalsozialistischen Vernichtungsstätten deportiert und ermordet.



Oskar Grünwald privat

Willi Grünwald (1. Reihe links) mit Schicksalsgefährten in Sdolbunow, ca. November 1940

Ende Oktober 1939 verschickte die von Adolf Eichmann aufgebaute Zentralstelle für jüdische Auswanderung 1.500 jüdische Männer von Wien nach Nisko am San. Die Entfesselung des 2. Weltkrieges durch den Überfall der Dt. Wehrmacht auf Polen und die damit verbundene Expansionspolitik in den Osten hatte die Möglichkeiten zur weiteren Flucht und Vertreibung von Jüdinnen und Juden aus dem Dt. Reich beschränkt. Im RSHA Berlin war deshalb als mögliche Alternative zum sogenannten „Madagaskar-Plan“ die Idee der Schaffung eines „jüdischen Siedlungsgebietes“ in Polen entstanden. Anfang Oktober 1939 erhielt die IKG Wien den Auftrag, „auswanderungs- und arbeitsfähige Männer“, v. a. mittellose und aus armen Verhältnissen stammende „Handwerker aller Art, insbesondere Tischler, Zimmerleute und Techniker“, zum Aufbau eines Durchgangslagers für ein „Judenreservat“ im Südosten des Distrikts Lublin bereitzustellen.

Am 20. Oktober 1939 wurde der 41-jährige Kürschner Willi Grünwald vom Wiener Aspangbahnhof abtransportiert. Am 26. Oktober

folgte ein zweiter Transport nach Nisko. Nach der Ankunft mussten die Deportierten u. a. nach Zarzecze auf dem gegenüberliegenden San-Ufer marschieren. Dort wurden aber nur wenige Männer zum Bau des Barackenlagers zurückbehalten, der Großteil von ihnen durch Schreckschüsse verjagt. Die meisten versuchten, sich über die Demarkationslinie in den sowjetisch besetzten Teil Ostpolens in Sicherheit zu bringen bzw. wurden von der SS über die Grenze getrieben. Ihr erster Zufluchtsort war v. a. die seit dem Nichtangriffspakt sowjetische Region Lemberg. Von dort aus hatten die Vertriebenen die Möglichkeit, Post nach Wien zu schicken. So etwa sind 23 Briefe von Willi Grünwald an seine Frau überliefert, in denen er seine hoffnungslose Situation schilderte.

Im Frühjahr 1940 verlangten die sowjetischen Behörden von allen Flüchtlingen aus Polen, die keine Personalpapiere vorweisen konnten (was auf den Großteil der Nisko-Deportierten zutraf, denen die persönlichen Dokumente schon wäh-

rend des Transportes abgenommen worden waren) die Annahme der sowjetischen Staatsbürgerschaft. Jene, die sich weigerten, wurden großteils als „unerwünschte Ausländer“ ab Mai 1941 in Internierungslager – die meisten nach Karaganda bzw. Archangelsk – verschickt. Jene, welche die sowjetische Staatsbürgerschaft angenommen hatten und in Lemberg geblieben waren, wurden nach dem Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 Opfer der nationalsozialistischen Massenmordaktionen.

Willi Grünwald arbeitete zu dieser Zeit in einer Zementfabrik in Sdolbunow, nördlich von Lemberg. In der Nacht vom 13. auf den 14. Oktober 1941 erschoss ein Kommando der Sicherheitspolizei und des SD außerhalb der Stadt 1.500 Jüdinnen und Juden – unter ihnen auch Willi Grünwald.

Bereits im April 1940 war das Barackenlager bei Zarzecze aufgelöst worden und die Überlebenden durften nach Hause zurückkehren. Diese Repatriierung war ein in der Verfolgungs- und Vernichtungsgeschich-

te der NS-Herrschaft einzigartiger Vorgang.

Bei der Deportation von Juden aus Wien nach Nisko war die individuelle oder kollektive physische Vernichtung zwar noch nicht das primäre Ziel, jedoch ein ohne weiters in Kauf genommener Nebeneffekt der Bestrebungen, die „Ostmark“ „judenfrei“ zu machen. Die Nisko-Aktion stellte eine der zentralen Stationen auf dem Weg zum Holocaust dar und die dabei gewonnenen Erfahrungen konnten bei der Planung der späteren Mordaktionen umgesetzt werden.

Ab Herbst 2021 wird die Online-Edition des DÖW unter <https://nisko-transports.ehri-project.eu/> abrufbar sein.

Claudia Kuretsidis-Haider ■

Publikation zum Thema:
<https://www.doew.at/erforschen/publikationen/gesamtverzeichnis/jahrbuch/jahrbuch-2020-nisko-1939>

Die Eiserne Front

Vor 90 Jahren, am 16. Dezember 1931 wurde in Deutschland die Eiserne Front gegründet. Ihr Symbol, die drei Pfeile, bilden noch heute einen zentralen Bestandteil des Logos unseres Bundes.

Im Herbst 1931 nahm die republikfeindliche Stimmung in Deutschland deutlich zu. Die großen Wahlerfolge der NSDAP bei Landtagswahlen, der Zusammenschluss national-konservativer Gegner der Republik zur sog. Harzburger Front, der erste Massenaufmarsch der SA und schließlich die Veröffentlichung geheimer Pläne der NSDAP für eine gewaltsame Machtübernahme rüttelten die Befürworter der Republik auf. Auf Initiative des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold wurde das republikanische Abwehrbündnis Eiserne Front gegründet. Der Harzburger Front der Republikfeinde sollte die Eiserne Front der republiktreuen Bürgerinnen und Bürger entgegengestellt werden.

In der Eisernen Front schlossen sich Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, SPD, SPD-nahe Gewerkschaften und der SPD-nahe Arbeiter-Turn- und Sportbund zusammen. Das neu entwickelte Symbol der Eisernen Front waren die „drei Pfeile“. Sie standen damals für die politische, wirtschaftliche und physische Macht des Bündnisses. Ziel war die „Erhaltung und Erfüllung der Verfassung von Weimar“. Die politische Leitung der Eisernen Front lag beim SPD-Vorsitzenden Otto Wels, die organisatorische Leitung beim Reichsbanner-Vorsitzenden Karl Höltermann.

Durch den Zusammenschluss demokratischer Massenorganisationen zur Eisernen Front erreichte das antifaschistische Bündnis bei Veranstaltungen und Aufmärschen eine überaus große Zahl von Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Die Eiserne Front war der umfassende aber letztendlich gescheiterte Versuch, sich den immer stärker werdenden Widersachern der Republik entgegenzustellen. In ihrer Agitation und in der Gestaltung ihrer Massenkundgebungen krepelte die Eiserne Front die bisherige - eher fade - sozialdemokratische Art der Propaganda völlig um. Die Eiserne Front entwickelte einen umfangreichen Symbolkanon, der zu einem guten Teil auf die drei Pfeile bezogen war, etwa das Liedgut und die Flagge. Diese war rot und zeigte die

Pfeile in der linken unteren Ecke. Viele SPD-Zeitungen übernahmen das Symbol im Kopf ihrer Titelseite. Es müsse „tausendfältig in die Leser eingehämmert werden, mit und ohne durchbohrtes Hakenkreuz“, so ihre „Erfinder“ Sergej Tschachotin und Carl Micrendorff. Lieder und Gedichte thematisierten die drei Pfeile, auf Wahlplakaten richteten sie sich gegen die feindliche Trias aus Monarchismus, Faschismus und Kommunismus.

In der sozialdemokratischen ArbeiterInnenbewegung fanden die drei Pfeile enorme Verbreitung. Allerdings versinnbildlichte das Zeichen auch den Abschied von der republikanischen Nationalsymbolik sowie die Reduzierung der Weimarer Demokraten auf das proletarische Milieu, der Konsens mit Linksliberalen und katholischer Zentrumspartei war zerbrochen.

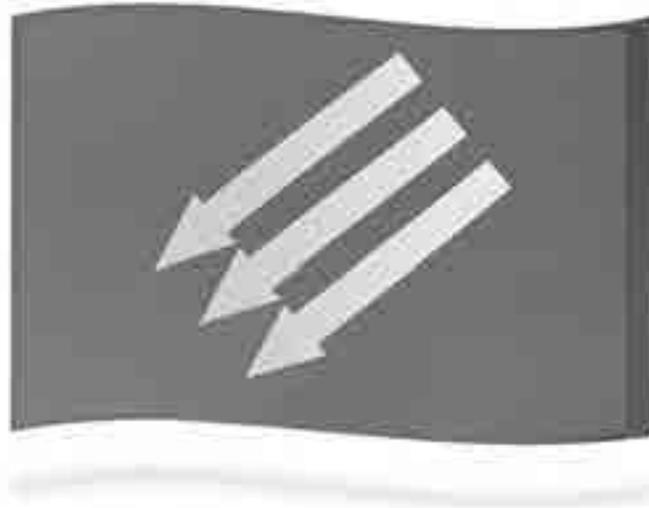
Nicht nur im Deutschen Reich waren die drei Pfeile das herausragende Zeichen der Anti-Hitler-Front, auch im Österreich vor dem Februar 1934. Bei uns allerdings überlebte das Symbol Austrofaschismus und NS-Diktatur und fand nach 1945 erneut weite Verbreitung. Es stand nunmehr für die in der SPÖ geeinte industrielle, landwirtschaftliche und geistige

Arbeiterschaft bzw. gegen Kapitalismus, Faschismus und Reaktion. In Deutschland geriet der Dreipfeil nach dem Fall des Hakenkreuzes dagegen weitgehend in Vergessenheit. Im Web-Shop der SPD gibt es nun eine große Zahl von Produkten, die

die drei Pfeile zieren und erworben werden können.

Webtipp: www.spd-shop.de

Anton Bergauer ■



Carlos Calvo / imaginum.de

Marsch der Eisernen Front

Drei Pfeile zerspalten wie Blitze die Nacht,
Wo bist du, du Lump, der den Freund umgebracht?
National? National? National?
So schreist du, der nur sich selbst anerkennt,
Uns alle beschimpft und Verräter nennt!
National?

*Dich, Lüge, trifft der erste Strahl:
Fliege, Pfeil, triff', Hammer,
Rote Fahnen, wehet ins Land!
Eiserne Front! Eiserne Front! Eiserne Front!
Fliege, Pfeil, triff', Hammer uns'rer Hand!*

Drei Pfeile zerspalten wie Blitze die Nacht,
Wo bist du, du Schuft, der den Diebstahl gemacht?
Sozialist? Sozialist?
So nennst du dich, der mit den Reichen paktiert!
Dem Hohenzollernsohn hast du dich alliiert!
Sozialist?

*Dich, Lüge, trifft der zweite Strahl:
Fliege, Pfeil, triff', Hammer,
Rote Fahnen, wehet ins Land!
Eiserne Front! Eiserne Front! Eiserne Front!
Fliege, Pfeil, triff', Hammer uns'rer Hand!*

Drei Pfeile zerspalten wie Blitze die Nacht,
Wo bist du, du Pest, die sich ausgedacht
Pg.? Pg.? Pg.?
Du dienst nur als Vorspann dem Schlotbaron.
Er zahlt dir dicke Gelder, Million um Million!
Pg.?

*Dich, Lüge, trifft der dritte Strahl:
Fliege, Pfeil, triff', Hammer,
Rote Fahnen, wehet ins Land!
Eiserne Front! Eiserne Front! Eiserne Front!
Fliege, Pfeil, triff', Hammer uns'rer Hand!*



„Denken und Handeln auf eigene Gefahr“

Als Genosse Hugo Pepper am 1. September 2011 verstorben ist, verloren die jungen und alten Sozialdemokratischen FreiheitskämpferInnen, die SPÖ und der ÖGB einen bedeutenden Widerstandskämpfer gegen den Austrofaschismus, das terroristische Naziregime und dessen verbrecherischen Krieg.

Sie verloren aber auch einen umfassend informierten und unbestechlichen Zeitzeugen der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse im 20. Jahrhundert und einen begabten Lehrer und Vortragenden. Hugo Pepper stand stets klar und unmissverständlich zu den Prinzipien des demokratischen Sozialismus und war damit häufig ein Unbequemer. Das Erinnern an ihn und seine Prinzipien sollten uns heute helfen, politische Fehler zu vermeiden und die Herausforderungen der Zeit zu meistern.

Doch zunächst zum Leben, den Kämpfen und der Arbeit von Hugo Pepper. Geboren wurde Hugo 1920 als Sohn eines kommunistischen Straßenbahners. Bereits als Mittelschüler nahm er Kontakte zu sozialistischen und kommunistischen Jugendgruppen auf. Er erlebte das Verbot der Linksparteien, die blutigen Ereignisse des 12. Februar, den aussichtslosen Kampf des Republikanischen Schutzbunds gegen die Übermacht des Bundesheers und der Heimwehr und die Hinrichtung von Genossen, u. a. von Karl Münchreiter, den verwundeten Hietzinger Schutzbundführer, den die Dollfuß-Faschisten auf einer Bahre zum Galgen schleppten. Sofort nach der Niederlage des Schutzbunds agierte er verbotener Weise gegen den Austrofaschismus, die Wühlarbeit und terroristischen Umtriebe der österreichischen Nazis, die den Anschluss an Hitlerdeutschland forderten. Nach der Okkupation Österreichs 1938 durch die Nazis, wurde Hugo von der GESTAPO verhaftet, verhört und des Hochverrats und der Geheimbündelei angeklagt. Er hatte Glück, das Verfahren wurde eingestellt und Hugo als „Nichtwehrwürdiger“ entlassen. Hitler löste mit dem militärischen Überfall auf Polen den 2. Weltkrieg aus und Hugo wurde 1940 zur Wehrmacht eingezogen. Er musste am Angriffskrieg gegen Jugoslawien und die Sowjetunion teilnehmen. Eine schwere Erkrankung rettete ihn vor der Teilnahme an der



FreiheitskämpferInnen Hietzing mit Käthe Sasso und Peter Weidner

Schlacht um Stalingrad.

Nach seiner Genesung kam er zur Ersatztruppe nach Brünn. Hier organisierte er mit anderen antinazistischen Soldaten eine militärische Widerstandsgruppe. Gegen Ende 1944 wurde Hugo Pepper in den Raum Amstetten verlegt. Sofort wurde auch hier ein Stützpunkt des Widerstands aufgebaut und es wurden Waffen und Munition organisiert. Im April 1945 griff die Gruppe das GESTAPO-Büro in Wällsee an und befreite einen verhafteten Soldaten. Im Kampf fielen drei ihrer Kameraden. Doch eigentliches Ziel der Gruppe war, die vorgesehene Sprengung der Donaubrücken durch die SS zu verhindern, was auch gelang.

Nach der Niederlage Nazideutschlands verschlug es Hugo nach Kärnten. Dort wurde er von der Roten Armee verhaftet und drei Monate als „nazideutscher Offizier“ in Haft genommen. Nach Abzug der Roten

Armee aus Kärnten und der Übergabe Hugo Peppers an die Briten wurde er bald entlassen und kehrte nach Wien zurück.

Im Österreichischen Gewerkschaftsbund fand er ein weites Feld für sinnvolle politische Arbeit. Hugo war ein begnadeter Redner. Seine Sprache war klar verständlich und kultiviert. Seine Vorträge, seine antifaschistischen Seminare und seine Gespräche mit Lehrlingen und Schülern waren verständlich und überzeugend. Er war zu Hause in der Welt der Bücher. Er kannte die Werke von Marx und Engels sowie anderer sozialistischer Denker und Politiker. Er hat höchst verdienstvoll die Herausgabe der Werkausgabe von Otto Bauer betreut, dem wohl bedeutendsten Vertreter des Austromarxismus und stv. Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in den 30er Jahren. Er liebte die Literatur, besonders das Schaffen von Kurt Tucholsky.

Hugo Pepper wurde 1992 zum Bundesvorsitzenden unseres Bundes gewählt. Vorher leitete er die Bezirksgruppe Hietzing. Ich sah in Hugo einen Sozialisten, der den Interessen unserer Klasse und ihrer historischen Mission tief und kämpferisch verpflichtet war. Sein Motto, „Der Widerspruch verändert die Welt“ hat auch dazu geführt, dass Hugo Pepper immer seine Stimme erhob, wenn es zu Fehlentwicklungen in seiner SPÖ kam.

Im Sommer 2020 wurde in der Wolkersbergenstraße in Hietzing ein Park nach Hugo Pepper benannt.

Ali Kohlbacher ■

Otto Haas

„Otto Haas – Ein revolutionärer Sozialist gegen das Dritte Reich“, so heißt eine kleine Broschüre aus dem Jahr 1967. Vor 125 Jahren wurde Genosse Johann Otto Haas geboren, Anlass, im „Kämpfer“ an ihn zu erinnern.

Haas kam durch sein Elternhaus sehr früh in Kontakt zur sozialdemokratischen ArbeiterInnenbewegung. Sein Vater Josef war von 1919 bis 1923 Bezirksrat der SDAP in der Brigittenau, seine Mutter Philomena engagierte sich in der Frauenbewegung und wurde 1932 in den Wiener Gemeinderat gewählt. Beide waren extrem bildungsbegeistert.

Otto absolvierte die Lehrerbildungsanstalt und besuchte im Anschluss daran das von Otto Glöckel neu geschaffene Pädagogische Institut. Die Familie lebte in bitterer Armut, sein Studium finanzierte er durch Nachhilfestunden. Otto wurde ehrenamtlicher Bibliothekar in der Bildungsorganisation der SDAP und Erzieher bei Kinderfreunden und Roten Falken. 1928 erhielt er endlich eine Anstellung als Lehrer in Floridsdorf.

Nach dem Verbot unserer Partei im

Februar 1934 war ihm die Unterstützungsarbeit für die Opfer der Februarkämpfe und der austrofaschistischen Verfolgung ein besonderes Anliegen. Sein Bruder Josef, dem die Flucht aus Österreich gelungen war, war im Auslandsbüro der österreichischen Sozialdemokraten („ALÖS“) in Brünn tätig. Otto arbeitete mit der „Gesellschaft der Freunde“ - den Quäkern - zusammen. In der NS-Zeit nahm er den Decknamen „Ludwig“ an und baute eine Organisation der Revolutionären Sozialisten mit Stützpunkten in Wien, Salzburg, Tirol und Bayern auf. Die Gruppe Haas fertigte ein Organisationsschema für die einzelnen österreichischen Bundesländer an, legte Karteien an, die mit unsichtbarer Tinte geschriebene Informationen über die Rüstungswirtschaft enthielten, erstellte eine sogenannte Kippkartei über verlässliche, unzuverlässige und gegnerische Personen sowie Berichte über



Wiener Stadt- und Landesarchiv

die Sowjetunion, den Ostfeldzug, die Lage Frankreichs und die Rüstung Englands und der USA.

Im Frühjahr 1942 flog die Gruppe auf, Otto wurde am 20. Juni 1942 verhaftet. Das Verfahren gegen ihn und zwei weitere Mitangeklagte wurde vor dem Berliner Senat des Volksgerichtshofes unter dem Vorsitz von Nazi-Blutrichter Roland Freisler durchgeführt und endete mit der Verurteilung zum Tode durch das Fallbeil. In der sog. Spiegelkammer in der Gestapozentrale am Morzinplatz wurde er von den Nazis gefoltert. Otto Haas wurde am 30. August 1944 in Wien hingerichtet, sein Mitangeklagter Eduard Göth bereits am 13. März 1944. Im Zuge der Zerschlagung der Organisation wurden insgesamt mehr als zweihun-

dert SozialdemokratInnen angeklagt und verurteilt, es war die größte sozialdemokratische Widerstandsgruppe. Zwölf von ihnen starben in der Untersuchungshaft, zwölf weitere, davon acht Österreicher, wurden hingerichtet. Die Gräber von Otto Haas und Eduard Göth befinden sich im Ehrenhain in der Gruppe 40 des Wiener Zentralfriedhofs. Der Gemeindebau aus den 1920er Jahren in der Brigittenauer Winarskystraße 18, in der Otto Haas mit seiner Mutter und seinen Geschwistern lebte, wurde am 4. Juni 1950 nach ihm benannt. Mutter Philomena wurde nach der Befreiung erneut in den Wiener Gemeinderat gewählt.

Quelle: www.dasrotewien.at

Hubert Gessner

Vor 150 Jahren, am 20. Oktober 1871, kam der Otto-Wagner-Schüler Hubert Gessner auf die Welt. Gessner war einer der wichtigsten Architekten der aufstrebenden Sozialdemokratischen Arbeiterpartei zu Beginn des 20. Jahrhunderts und des Roten Wien. Sein Œuvre umfasste Großbäckereien und andere Fabrikgebäude, private Villen und Bezirkskrankenkassen, kleine und große Wohnhausanlagen für ArbeiterInnen sowie Geschäftsportale und Wohnungseinrichtungen.

Hubert Gessners Wirkungskreis erstreckte sich von Innsbruck bis Czernowitz und von Liberec (Reichenberg) bis Graz. Der Durchbruch als Architekt gelingt ihm bereits 1901 mit dem Siegerentwurf für das Arbeiterheim Favoriten. Seine bekanntesten Bauwerke in Wien sind das

Vorwärts-Haus in der Rechten Wienzeile 97, der Reumann-Hof und der Lassallehof, der Karl-Seitz-Hof und die Augartenbrücke. In Linz und Graz schuf er die Gebäude der Arbeiterkammern; Bäckereien, die Eigentum der Partei waren, errichtete Gessner u.a. in Wien (Hammerbrotwerke), Innsbruck (Erste Tiroler Arbeiter-Bäckerei), Linz (Spatenbrot) und Prag (F. Odkolek AG.). Darüber hinaus schuf Hubert Gessner auch Verwaltungsgebäude für Organisationen, die der ArbeiterInnenbewegung nahestanden, wie die Versicherungsanstalt der Österreichischen Eisenbahnen, das Eisenbahnerheim sowie mehrere Konsumvereinsgebäude. Jedes Jahr am 1. November besuchen die FreiheitskämpferInnen ein Werk Gessners: Das 1926 errichtete Grabmal Victor Adlers auf dem Wiener Zentralfriedhof.

Der Waschsalon Karl-Marx-Hof widmete dem „Architekten der Arbeiterbewegung“ eine Sonderausstellung, die dessen vielfältiges Schaffen sichtbar machte. Die sehr interessanten Tafeln dieser und auch

der anderen bisher gezeigten Ausstellungen sind erfreulicherweise auf der Homepage zu finden. Webtipp: www.dasrotewien-waschsalon.at/archiv/

Gerald Netzl ■



Arbeiterheim Favoriten, Laxenburger Straße 8-10

Gerald Netzl



Die rechtsextreme Medienlandschaft im Umbruch

Was die Presse der extremen Rechten betrifft, waren die letzten 15 oder 20 Jahre eine Zeit besonderer Dynamik. Einige alteingesessene Titel – wie etwa „Die Aula“ – verschwanden, andere modernisierten ihr Auftreten, einige kamen neu hinzu, wovon wiederum manche sich etablieren konnten, während andere schon nach kurzer Zeit wieder ihr Erscheinen einstellten.

Nicht nur der Medienmarkt insgesamt, auch sein rechter Rand ist umkämpft. Zunehmend einen schweren Stand haben Organe, die nur als klassisches Printprodukt in Erscheinung treten. Wer heute erfolgreich sein will, kommt um einen einigermaßen überzeugenden Internetauftritt nicht herum – ebenso wenig um das Engagement auf sozialen Medien wie Facebook, Twitter und insbesondere Telegram. Dort findet man dafür aber auch Potenzial für eine Breitenwirkung vor, die in früheren, analogen Zeiten für politische Randprojekte unerreichbar schien. Begünstigend wirkt sich dabei aus, dass die Funktionsweise sozialer Medien rechten Diskursstrategien entgegenkommt – man denke etwa an den Vorrang des Bildes vor dem Text oder die faktische Belohnung negativer Emotionalisierung bei gleichzeitiger Marginalisierung sachlich vorgelegter Inhalte.

Ein Streifzug durch die rechtsextreme Medienlandschaft lässt eine gewisse Buntheit erkennen. Auf unsicherem Terrain bewegen sich jene, die die Grenzen des strafrechtlich Erlaubten ausloten, also die im engeren Sinn faschistischen bzw. neonazistischen Medien. Sie sind auf Codes und Andeutungen angewiesen, um die Fallstricke des Verbotsgesetzes zu umschiffen, ihr Publikum ist überschaubar. Eine breitere Leserschaft finden etwas gemäßigte, langjährig etablierte Titel wie der Eckart (Organ der Österreichischen Landsmannschaft) oder Abendland (erscheint im Grazer Ares-Verlag, bis vor kurzem unter dem Namen Neue Ordnung) vor, die auch ideologisch für ein jeweils bestimmtes Milieu stehen: den traditionellen, organisierten Deutschnationalismus hier bzw. das rechtskatholisch-rechtsextreme, in Teilen noch Monarchie-affine Brückenspektrum dort.

Während etwa der Eckart strenggenommen ein Vereinsorgan darstellt,



Bernhard Weidinger

Eine Auswahl der von Bernhard Weidinger beschriebenen rechten Zeitungen und Zeitschriften

wurde bzw. wird manch andere Zeitschrift formal von einer Partei herausgegeben – so etwa die Periodika der rechtsextremen Arbeitsgemeinschaft für demokratische Politik oder die (seit einigen Jahren nicht mehr erscheinenden) Fakten der Partei Kritische Demokraten. Die FPÖ operiert im Rahmen der Parteimedien natürlich in einer eigenen Liga – und entfaltet etwa mit FPÖ-TV und starker Aktivität auf sozialen Medien große Breitenwirkung, während das eigentliche Parteiorgan, die altbackene Neue Freie Zeitung selbst die eigene Funktionärsschicht nur bedingt erreicht. Neben den eigenen Medien unterstützt die FPÖ zahlreiche „Alternativmedien“ regelmäßig finanziell (über Inserate) und/oder über Gastkommentare und Interviews.

Seit der Gründung der Plattform un-

zensuriert.at (2009) sind sukzessive weitere Medien des rechten Randes auf den Plan getreten, die generell nur noch online erscheinen (so etwa die Tagesstimme). Heuer startete unter dem Namen AUF1 sogar ein etwas großspurig als Online-TV-Sender vorgestelltes Projekt. Crossmediale Ansätze (Print plus online, ergänzt mit Social-Media-Auftritten) verfolgen – mit einigem Erfolg – Medien wie Info-Direkt (gegründet 2015), der Wochenblick (2016), Freilich (Nachfolgemagazin der Aula, seit 2018) oder die bereits seit 1997 erscheinende Zur Zeit.

Von der Erscheinungsform abgesehen, lassen sich zur Untergliederung der rechtsextremen Medienlandschaft diverse weitere Unterscheidungskriterien in Anschlag bringen – etwa Anspruch, Zielgruppe, Mo-

dernisierungsbereitschaft in Themensetzung, Sprache und Design, u.a.m. Allen gemeinsam ist, was den Rechtsextremismus insgesamt charakterisiert: es handelt sich über weite Strecken um Medien von Männern für Männer.

Bernhard Weidinger ■

Für eine ausführlichere Darstellung vgl. den Artikel „Medien von heute für eine Zukunft von gestern. Ein publizistisches Panorama des österreichischen Rechtsextremismus“ des Autors im kürzlich erschienenen DÖW-Jahrbuch 2021.

Rechtsextremismus-Zahlen stiegen 2021 erneut

Dass die Corona-Krise nur kurzfristig zur Reduktion rechter Straftaten geführt hat, zeigt eine Anfragebeantwortung des türkisen Innenministers an die SPÖ-Abgeordnete und Sprecherin für Erinnerungskultur, Sabine Schatz im September 2021

Von Jänner bis Ende Juni dieses Jahres kam es in Österreich zu 443 rechtsextremen, rassistischen und antisemitischen Tathandlungen. 2020 waren es im selben Zeitraum 314. Schon seit 2015 befinden sich die Zahlen rechtsextremer Straftaten auf einem Dauerhoch - ein trauriger und gefährlicher Normalzustand.

Auch die Verstöße gegen das Verbotsgesetz nahmen zu. Im ersten Halbjahr 2021 kam es zu 362 Tathandlungen, die gegen das Verbotsgesetz verstoßen. Im Vorjahreszeitraum waren es 260, vor der Pandemie im Jahr 2019 waren es 308. Zur Zahl der Schändungen von Gedenkstätten, zu denen es im Jahr 2020 und im ersten Halbjahr 2021 gekommen

ist, läuft derzeit eine Anfrage an den Minister.

Oberösterreich Spitzenreiter

Die meisten Anzeigen gab es in Oberösterreich (96) und Wien (89), für Oberösterreich keine neue Entwicklung. Setzt man diese Zahlen in das Verhältnis zur Bevölkerung zeigt sich die Tragweite des Rechtsextremismus-Problems: 22 Prozent der rechtsextremen Straftaten werden in Oberösterreich verzeichnet, aber weniger als 17 Prozent der österreichischen Bevölkerung lebt in diesem Bundesland. Bedenkt man, dass gerade dort ein rechtsextremes Zentrum entstanden ist, zeigt sich eine alarmierende Situation.

Betroffene erleben massiven Anstieg an Übergriffen

Dass polizeiliche Statistiken jedoch nur die Spitze des Eisbergs rassistischer, antisemitischer und rechtsextremer Übergriffe sind, zeigen die Zahlen der Beratungs- bzw. Meldestellen. Bei ZARA gingen 2020 insgesamt 3.039 Meldungen ein – ein Drittel mehr als im Vorjahr 2019. Die Israelitische Kultusgemeinde schlug kürzlich aufgrund steigender antisemitischer Vorfälle Alarm. Von Jänner bis Juni 2021 wurden 562 antisemitische Vorfälle registriert, im Vergleichszeitraum des Vorjahres waren es 257.

Es braucht rasches Handeln

„Diese Entwicklung ist besorgniserregend, der Innenminister schaut zu anstatt rasche, transparente und ter-

minierte Schritte zu setzen. Der im Parlament beschlossene Aktionsplan gegen Rechtsextremismus müsste längst auf Schiene sein. Umso stärker braucht es nun eine laute Opposition und eine aktive Zivilgesellschaft, damit diesem Anstieg rechter Gewalt etwas entgegengesetzt wird“, ist Sabine Schatz überzeugt. ■



sabineschatz.at

Der Eiserner Vorhang

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs mussten die Bewohner Osteuropas erkennen, dass sie mit der Ankunft sowjetischer Truppen unter eine neue Form totalitärer Herrschaft geraten waren. Hinter der Linie, welche bald „Eiserner Vorhang“ (Original-Zitat Winston Churchill bei einer Rede vom 5. März 1946) genannt wurde, machten sich sowjetische und einheimische Kommunisten sofort daran, die Staaten Osteuropas in „sozialistische“ Gesellschaften zu verwandeln. Sie veränderten dabei nicht nur Wirtschaft und Politik, sondern drangen in allen Bereichen des Lebens diktatorisch vor.

Die Autorin beschreibt beeindruckend detailliert die rasche Zerschlagung der Zivilgesellschaft - Parteien, Massenmedien, Jugendorganisationen und Kirchen - erklärt, wie sämtliche Formen der Opposition unterwandert und zerstört wurden und zeigt eindringlich, wie brutal und systematisch sowjetische Truppen und einheimische Kommunisten in den Ländern Osteuropas stalinistische Diktaturen errichteten. Die Pulitzer-Preis Trägerin Anne Applebaum

führte zahlreiche Gespräche mit ZeitzeugInnen und beschreibt in dem lesenswerten Buch eindrucksvoll, was die Stalinisierung für die Menschen in Osteuropa bedeutete.

Josef Fiala ■

Anne Applebaum:
Der Eiserner Vorhang - Die Unterdrückung Osteuropas 1944-1956,
Siedler Verlag, München, 2013,
ISBN: 978-38275-003-04,
604 Seiten, € 30,00.



Frustrierter, aggressiver, gefährlicher

In der Ausgabe Juli/August der Zeitung „antifa“ der deutschen VVN-BdA erschien eine ebenso interessante wie umfangreiche Analyse zu „Neofaschismus heute in Deutschland“. Gerald Netzl hat um die Erlaubnis zum Abdruck im „Kämpfer“ gebeten, da sie auch für uns von Bedeutung ist. Wir danken für die freundliche Genehmigung zum Abdruck!

Die durch eine gemeinsame Ideologie verbundene neofaschistische Bewegung in Deutschland ist vielfältig und arbeitsteilig organisiert. Sowohl konkurrierend als auch kooperierend ringen ihre Zusammenschlüsse um die Vorherrschaft im eigenen Lager, die „richtige“ taktische Herangehensweise, um den Ausbruch aus der politischen Isolation und letztlich um die Macht in Staat und Gesellschaft. Sie lassen sich fünf „Arbeitsfeldern“ zuordnen: Ausnutzung der Parlamente, Gewalt und Terror, Beeinflussung sozialer Milieus, Medien sowie Unterstützungs- und Hintergrundtätigkeiten.

Mit dem Wegfall des direkten persönlichen Bezugs zum historischen Faschismus durch den Tod der Generationen, die Nazi Herrschaft und Krieg erlebt haben, der faktischen Freigabe von NS-Gesinnung im NPD-Verbotsurteil von 2017 und dem erstmaligen Ausschöpfen des extrem rechten - und darüber hinaus des konformistischen - Wähler*innenpotentials durch die AfD, geht die historische Epoche der schambesetzten Isolierung neofaschistischer Politik in Deutschland nach dem 8. Mai 1945 zu Ende. Wir betreten eine Welt, in der die faschistische Bewegung befreit „aufatmen“ kann und sich selbst wieder als künftigen Machtfaktor sieht. Gleichzeitig verliert sie durch die rasch vorschreitende Liberalisierung und Individualisierung der Gesellschaft, erkennbar zum Beispiel am beklagten „Linksruck der Unions-Parteien (CDU und CSU, Anm.)“, an Boden.

Mit der weltweiten extremen Rechten teilt die deutsche Rechte die Vorstellung von einer durch „finstere Mächte“ betriebenen, bewussten „Auslöschung“ des biologisch verstandenen (in diesem Fall: deutschen) Volkes durch einen angeblichen „großen Austausch“ und eine imaginierte „Islamisierung“. Das Gefühl, dass es „jetzt darauf ankommt“, führt zu einem starken Anstieg verbaler Aggression und Gewaltbereitschaft. Es wird in verschiedenen Quellen von

einem „Tag X“ gesprochen, an dem als „Feinde“ markierte Personen und

Parteiaufbau und ist nunmehr in eine Phase übergegangen, in der

Bundestagswahlen duldet und nicht umgekehrt. Es wird für die Partei



Gerald Netzl im Gespräch mit VVN-BdA-Bundesgeschäftsführer Thomas Wilms in Berlin

gesellschaftliche Gruppen ermordet werden sollen. Entschiedenes und konsequentes antifaschistisches Handeln und die Stärkung antifaschistischer Organisation sind deshalb wichtiger denn je.

Rechts, rechter, AfD

Die AfD ist mit weitem Abstand die bedeutendste Formation des deutschen Neofaschismus. Als einziger ist es ihr gelungen, Fuß in der Mehrheitsgesellschaft zu fassen und perspektivisch Zugriff auf den Staat und seine Institutionen zu erhalten. Ihr Wohl und Wehe ist Bezugspunkt der gesamten Bewegung.

Die AfD hat als extrem rechte Hybridpartei - das heißt, als Sammelorganisation verschiedener rechter Strömungen - bis Ende 2019 einen kontinuierlichen Aufstieg erlebt, der mit einer ideologischen Radikalisierung einherging. 2020 stagnierte der

ihre Wahlergebnisse in den alten Bundesländern erstmalig deutlich zurückgehen. Da dort der national-konservative Flügel verhältnismäßig stark ist, muss er sich diese Niederlage zurechnen lassen. Sein Versuch, den faschistischen Flügel zu kontrollieren, der in den neuen Bundesländern dominiert, ist damit an seine Grenzen gekommen. Mit der Wahl von Alice Weidel und Tino Chrupalla zum Spitzenduo für den Bundestagswahlkampf 2021 hat sich zudem der völkisch-faschistische gegen den nationalkonservativen Flügel unter Parteichef Jörg Meuthen durchgesetzt. Dementsprechend verfestigt sich die Ausrichtung der Partei.

Auch mit dem Bundesparteitag im April 2021 in Dresden hat sich die AfD weiter rechts positioniert. Es ist offenbar geworden, dass nunmehr Björn Höcke den bisherigen Parteivorstand vermutlich bis nach den

immer schwieriger, sich unter anderem auch als „bürgerliche“ - sprich „normale“ - demokratische Partei darzustellen und wahrgenommen zu werden.

Reservestruktur NPD

Die NPD kann nach zwei überstandenen Verbotsverfahren faktisch nicht mehr verboten werden. In diesem Sinne ist sie für alle Neofaschist*innen, die ein Verbot ihrer Tätigkeit durch den Staat befürchten, ein sicheres Auffangbecken. Trotz ihrer momentanen Schwäche ist sie deshalb die Reservestruktur der Bewegung.

Zwei weitere Kleinparteien halten Varianten parteipolitischen Verhaltens vor. „Der III. Weg“ ist eine von anderen extrem rechten Parteien klar abgegrenzte Organisation. Sie ist vom Anspruch her eine sektenartige, extrem disziplinierte Kaderpartei,



www.vvn-bda.de

**Faschismus
ist keine Meinung,
sondern ein
Verbrechen.**

Vereinigung der
Verfolgten des Naziregimes -
Bund der Antifaschistinnen
und Antifaschisten



Wahlkampf gegen die AfD S.3 ■ Adhäsions S.8 ■ Wir sind alle
Lila S.9 ■ Neofaschismus heute S.15 ■ 100 Jahre Antifa S.20
■ Verdrängung nach Genozid S.22 ■ Ein sensibler Faschis S.29

die sich besonders deutlich auf den historischen Nationalsozialismus bezieht. Dies zeigt sich sowohl in ihrem uniformen öffentlichen Auftreten als auch in ihrem Verhalten auf der Straße.

„Die Rechte“ hingegen ist von der Anmutung her eine hooliganartige kriminelle Vereinigung, die den Parteienstatus nur sucht, um sich gegen ein Verbot abzusichern. Auch ihre Entstehung aus der Kameradschaftsszene ist dafür bezeichnend. Ihre Vorstandsmitglieder werben in der Szene offen damit, dass gegen sie strafrechtlich ermittelt wird beziehungsweise sie vorbestraft sind.

Gewalt und Terror

Neofaschistische und rassistische Straftaten, darunter Gewalttaten, bewegen sich zahlenmäßig auf einem sehr hohen Niveau. Sie richten sich gegen alle als „schädlich“ markierten Bevölkerungsgruppen. Medial findet diese alltägliche rassistische Gewalt bestenfalls als Randnotiz statt. Herausgehoben werden „spektakuläre“ Morde wie in Halle und Hanau oder die Erschießung des Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke als einen Repräsentanten des Staates. Die Dimension der mörderischen Gewalt, die seit 1990 ca. 200 Menschenleben forderte, wird nicht wirklich wahrgenommen.

Es haben sich drei Reservoirs für terroristische Täter und Gruppen herausgebildet: Bundeswehr und „Sicherheitsbehörden“, die „Reichsbürger“-Szene und die Internetszene der radikalisierten „einsamen Wölfe“, eng verknüpft mit dem Online-Phänomen der „Incels“, wobei es sich um frauenverachtende und antisemitische Online-Communities handelt. Hintergründe und Vernetzungen dieser Reservoirs kommen nur langsam und stückweise zutage. In der Bundeswehr zeigen sich insbesondere sogenannte Eliteverbände wie das Kommando Spezialkräfte (KSK) als anfällig. Geheimniskrämerei, elitäres Selbstverständnis und der einfache Zugang zu Waffen und Munition gehen auf gefährliche Weise mit NS-verherrlichenden Vorstellungen und Selbstermächtigungsfantasien einher.

Bei der strafrechtlichen Aufarbei-

tung werden die Taten sehr kleinteilig angegangen, und vordergründig aus „prozessökonomischen Gründen“ wird eine Ausweitung der Aufklärung über den unmittelbaren Tathergang hinaus verweigert. Regelmäßig wird der Mythos vom „Einzeläter“ bemüht, während die größeren Zusammenhänge und Netzwerke rechter Täter außer Acht gelassen werden. Sind Täter*innen Staatsdiener*innen, wird stets gemahnt, dass Polizist*innen, Geheimdienstler*innen etc. nicht unter Generalverdacht gestellt werden dürfen, anstatt die Strukturen zu untersuchen, die solche personellen Konstellationen begünstigen.

Heimlich verbunden

Innerhalb von Bundeswehr, Polizei und anderen „Sicherheitsbehörden“ bilden sich zunächst im Verborgenen neofaschistische Netzwerke. Im Tagesspiegel (21.4.2021) heißt es beispielsweise im Beitrag „Rechte Affäre im BKA“: „Im Bundeskriminalamt gibt es nun offenbar auch eine rechts eingefärbte Affäre. Die Berliner Staatsanwaltschaft ermittelt gegen drei Personenschützer aus der BKA-Sicherungsgruppe, ein Beschuldigter soll bei der Zehn-Jahres-Feier seiner Einheit den Hitlergruß gezeigt haben. Ein weiterer Beamter, ein Kommandoführer, soll in einem Chat Enthauptungsvideos verbreitet haben. In dem Chat kursierten zudem rassistische und sexistische Inhalte. Beim dritten Beamten geht es um den Vorwurf der Bedrohung.“

Was hier beschrieben wird, ist der Anfang zur Bildung einer rechten Gesinnungsgemeinschaft. Gemeinsame Werte werden gefestigt, Feindbilder hergestellt, und die Grundlage für weitere Aktivitäten wird gelegt, die in vergleichbaren Fällen immer weiter ins Kriminelle gegangen sind: Rechtsbeugung, Horten von Waffen und Munition, durchstechen von Informationen an die rechte Szene. Die Grenzen zwischen „Sicherheitsbehörden“ und legalen und illegalen neofaschistischen Strukturen sind in zahlreichen Fällen verschwommen. Dass man darüber mittlerweile so viel weiß, ist allerdings auch als Zeichen zu werten, dass solche Cliquenbildung in den Apparaten nicht mehr nur rhetorisch abgelehnt, sondern zumindest teilweise auch tatsächlich verfolgt wird.

Corona-Leugner*innen

In der Welt der Corona-Leugner*innen und -Verharmloser*innen sind viele Akteur*innen der sogenannten Montagsmahnwachen für den Frieden und generell der Querfrontgruppen wieder aufgetaucht. Sie waren sofort aktiv in den diffusen Zusammenballungen von Impfgegner*innen, Esoteriker*innen, geschädigten Geschäftsleuten und orientierungslosen Zeitgenoss*innen. Ken Jepsen und Konsorten sind dieses Mal allerdings ungleich erfolgreicher darin, wirklich große Menschenmengen virtuell und auf der Straße anzusprechen. Es gelang ihnen rasch, Verschwörungsmethoden zu verbreiten, deren ideologischer Kern der Antisemitismus ist. Ihr Denken wird von der Frage getrieben: „Es muss doch irgendwo einen Strippenzieher geben, der zur Rechenschaft zu ziehen ist!“ Abgrenzungen zur organisierten extremen Rechten waren von Anfang an schwach oder sind ganz gefallen. Es ist zu vielen Fällen rasend schneller Radikalisierung gekommen, die die Schwelle zur Gewalt gegen Journalist*innen, Gegendemonstrant*innen und Beamt*innen überschritten haben.

Eine der Quellen der Corona-Leugner*innen-Bewegung ist die „Reichsbürger“-Szene. Auch in ihr vermischen sich persönliche Betroffenheiten mit faschistischen Deutungsmustern. Auffällig häufig sind es von Insolvenz betroffene Geschäftsleute oder mit Behörden in Konflikt geratene Personen, die sich in der Szene tummeln. Hier wie dort ist die Ablehnung der Realität Triebkraft für immer radikaler werdende Anschauungen, mit fließendem Übergang zu offener Irrationalität. So heißt es unter anderem, dass es die BRD gar nicht gebe und das Deutsche Reich fortbestehe. Hohe Aggressionsbereitschaft und weitverbreiteter legaler und illegaler Waffenbesitz stellen dabei eine gefährliche Kombination dar. War die Szene längere Zeit kaum beachtet, ist sie in den letzten Jahren in das Visier der „Sicherheitsbehörden“ geraten. Es bleibt eine offene Frage, ob die Szene tatsächlich deutlich wächst, wie die veröffentlichten Zahlen zeigen, oder ob nur benannt wird, was ohnehin schon da war.

Eine der möglichen von Neofaschist*innen gezogenen Schlussfolgerungen ist die Idee des Rückzugs in die Dörfer, insbesondere solche in den neuen Bundesländern. Man hofft dort auf größere ethnische Geschlossenheit (um nicht zu sagen „Reinheit“) und ein geringes demokratisches Bewusstsein. Man träumt nicht mehr nur vom Aufbau völkischer Gemeinschaften, sondern treibt diese aktiv voran. Durch die eigene Geschlossenheit soll die Dorfgemeinschaft dominiert und durch möglichst viele „rassistisch einwandfreie“ und von Anfang an indoktrinierte Kinder das deutsche Volk vor dem „großen Austausch“ gerettet werden. Am weitesten fortgeschritten darin ist die vom russischen Esoteriker Wladimir Megre begründete esoterisch-antisemitische Anastasia-Bewegung.

Kampf und Gewalt sind elementare Bestandteile faschistischer Ideologie. Es ist deswegen nicht erstaunlich, dass Neofaschisten eine Affinität zum Kampfsport, insbesondere brutalen Varianten wie Mixed Martial Arts, hegen. Die Szene hat eigene Strukturen gebildet und führt Wettkämpfe und Festivals durch, am bekanntesten ist der „Kampf der Nibelungen“. Es gibt hier internationale Beziehungen, insbesondere nach Osteuropa. Auch „Der III. Weg“ hat eine eigene Kampfsportgruppe aufgebaut.

Eine besondere ideologische Rolle spielt hier der Männlichkeitsfetischismus. Er bereitet den Weg für neofaschistische Ideologie und Gewalt. Es existiert seit langem eine Szene harten Rechtsrocks, die an Ausstrahlungsmitteln mittlerweile aber deutlich von nach rechts abgedrifteten Unterhaltungskünstlern übertroffen wird. Zu nennen ist hier zum Beispiel Xavier Naidoo, der in seinen Texten Verschwörungsmethoden verbreitet und sich politisch an die „Reichsbürger“-Szene angeschlossen hat.

Hass verbreiten in den Sozialen Medien

Ohne sich vom Sofa erheben zu müssen, kann man heute Teil einer Gesinnungsgemeinschaft aus Frauenfeinden, Rassist*innen und Antisemit*innen werden. Man muss nur in Facebook- und Telegram-Gruppen hineinschnuppern und



kann, wenn man möchte, seinen ganzen Tag damit verbringen, sich mit tausenden Gleichgesinnten auszutauschen und anzustacheln. Auf diese Art und Weise bilden sich politische Parallelgesellschaften, in denen man immer wieder in seinen Vorurteilen bestätigt wird und in denen kritisches Denken systematisch zerstört wird. So haben sich riesige Filterblasen gebildet, in denen sich Corona-Leugner*innen, Neofaschist*innen und AfD-Anhänger*innen treffen. Es ist daher kein Zufall, dass von allen Parteien die AfD bei weitem am aktivsten in den Sozialen Medien ist. In dieser Szene hat sich sogar ein neues Berufsbild herausgebildet. Nazi-Influencer wie zum Beispiel Nikolai Nerling aka „Der Volkslehrer“ und sogenannte freie Medien begleiten und vernetzen alle öffentlichen Events von Neofaschist*innen und Corona-Leugner*innen. Das Internet wird auch erfolgreich als Einnahmequelle durch Spenden und Werbung genutzt. Mit der „Identitären Bewegung“ hat sich zudem eine Organisation gebildet, die ihr Handeln besonders stark auf die Präsentation in den Sozialen Medien ausrichtet. Sie will insbesondere Bilder schaffen, die sich an Aktionen von beispielsweise Greenpeace anlehnen. Sie betreibt symbolische Grenzüberschreitungen und Einschüchterung zum Beispiel durch den Einbruch in die SPD-Zentrale 2015. Diese Bild-Events nutzt sie anschließend weiter, um sich als hippe Jugendkultur zu gerieren.

Die Printmedien sind trotz dieser Entwicklungen nicht zu vernachlässigen, und die Auflagen der extrem rechten Printmedien steigen insgesamt. Die Anzahl der Titel, die einzelne Zielgruppen oder Submilieus bedienen, nimmt zu. Herauszustellen ist beispielsweise das Magazin „Compact“ des Ex-Linken Jürgen Elsässer, das in kürzester Zeit einen relevanten Platz in deutschen Bahnhofsbuchhandlungen erobert hat. An ihm kann man auch gut erkennen, wie sich Frauenfeindlichkeit, Homophobie, Rassismus und pöbelnde Gewaltbereitschaft mit dem Ziel verbinden, dem umstürzlerischen Flügel innerhalb der AfD zum Durchbruch zu verhelfen. Gegenpol in der Gesamtbewegung ist die „Junge Freiheit“, die ganz auf die Stützung des Meuthen-Flügels

und eine Koalition der in ihrer Sicht „bürgerlichen Parteien“ setzt.

Die Unterschiede zwischen Ost und West in der Ausprägung des Neofaschismus nehmen eher wieder zu. Insbesondere die AfD ist im Osten einflussreicher, stabiler und auch stärker radikalisiert als im Westen. Den Boden dafür hat im Osten vor allem die nicht verbotene NPD mit ihren rechten Netzwerken bereitet, insbesondere durch deren parlamentarische Präsenz, durch finanzielle und logistische Unterstützung in den Landesparlamenten von Sachsen (bis 2014) und Mecklenburg-Vorpommern (bis 2016). Die Ausbildung neofaschistischer Netzwerke bis hin zu gewaltbereiten Kameradschaften und Terrorgruppen wurde vor allem im Osten ebenso lange verharmlost wie die neofaschistische Beeinflussung von Pegida-Protesten und Corona-Leugner*innen.

Es gibt eine Reihe von Akteur*innen in Stiftungen, Vereinen und der CDU, die versuchen, Bündnisse zwischen AfD und Unionsparteien insbesondere in den neuen Bundesländern voranzutreiben. In Thüringen ist dies beispielsweise deutlich geworden, als der FDP-Politiker Thomas Kemmerich kurzzeitig mit den Stimmen der AfD zum Ministerpräsidenten gewählt wurde. Rechte Thinktanks wie das Institut für Staatspolitik und rechte Pressezeugnisse wie „Compact“ und „Junge Freiheit“ lenken den Blick systematisch auf Anknüpfungspunkte für konservative Politik, die die AfD in den Landesparlamenten und noch mehr in Kreis- und Stadtvertretungen geschickt anvisiert und zu Abstimmungen bringt.

Finanzierung und Berufschancen Die extreme Rechte in Deutschland war noch nie so gut finanziert wie heute. Dazu zählen insbesondere die staatlichen Gelder für die AfD, ihre Unterstützung durch verschleierte und dubiose Umwegfinanzierungen aus dem Bereich „Familienunternehmen“, insbesondere durch den Milliardär August von Finck, sowie diverse Geschäftstätigkeiten von Neonazis. Auffallend ist beispielsweise, dass die AfD im Mietstreit in Berlin nicht zufällig eine Spende über 100.000 Euro vom Immobilienunternehmer Christian Krawinkel

erhalten hat. In der AfD-Spendenaffäre steht der Vorwurf im Raum, dass beispielsweise die Wahlkampfhilfe des Immobilienunternehmers Henning Conle durch Tranchieren der Summe und durch Strohmänner verschleiert wurde. Ebenso in den Spendenlisten nicht aufgeführt sind Parteifinanzierungen durch Sponsoring. Dies gilt inzwischen als beliebte Einflussmöglichkeit. Die Höhe der Einnahmen soll dabei teilweise über jener der Parteispenden liegen, heißt es in einer Analyse der Linken aus dem Bundestag.

Die AfD ist zudem in allen Landesparlamenten, in Kreistagen und Stadtvertretungen vertreten und kassiert systematisch staatliche Gelder. Es ist damit zu rechnen, dass darüber hinaus demnächst die AfD-nahe Desiderius-Erasmus-Stiftung in den Genuss erheblicher finanzieller Mittel analog zu anderen Parteistiftungen kommt. All dies hat dazu geführt, dass viele hundert Jobs und neue Karrierewege entstanden sind. Wer weit rechts steht, muss sich nun nicht mehr unbedingt im Beruf zurückhalten. Auch konformistische Personen werden auf diesem Weg an die Bewegung gebunden.

Die extreme Rechte ist international eng vernetzt und bezieht sich aufeinander bis hin in die rechte Terrorszene. Neonazis treffen sich auf internationalen Märschen und Veranstaltungen, wie in Riga, Sofia oder Wien, bündeln ihre Kräfte und tauschen sich aus. Sie kooperieren mit Gruppen, die in der Tradition der historischen Nazikollaboration stehen, und pflegen zugleich enge ideologische, personelle und finanzielle Beziehungen zu Parteien, Organisationen und Behörden in Russland, allen voran die AfD. AfD-Abgeordnete halten sich regelmäßig in Russland auf, versuchen sich als Friedensstifter zu stilisieren und damit ihr internationales Renommee zu schärfen. Tatsächlich vertreten sie eine deutsche Weltmachtspolitik, stehen für Aufrüstung und die verfassungsmäßig verbotene Vermischung der Gewalten, etwa für den Einsatz der Bundeswehr im Innern. Mittlerweile ist die extreme Rechte so stark international vernetzt und auch finanziell verflochten, dass Terroraktivitäten weltweit häufiger als zuvor unterstützende Resonanz und Nachahmer*innen finden.

Politischer Gegenwind

Der Ton gegenüber antifaschistischen Kräften ist insgesamt rauer geworden. Insbesondere die AfD treibt dies mit ihren parlamentarischen Möglichkeiten gegen einen angeblichen gesellschaftlichen „Linksdrall“ voran. Tatsächlich bekämpft die AfD aber nicht nur schlechthin linke Ideen, sondern wirkt generell antiaufklärerisch. Sie unterminiert damit die verfassungsmäßigen Grundlagen der Gesellschaft, die in der Aufklärung und den Menschenrechten ihren Ursprung hat. Auch die Ideen und Errungenschaften emanzipatorischer politischer und sozialer Bewegungen der letzten 130 Jahre werden von der AfD vehement bekämpft. Nicht zuletzt ist der Sozialstaatscharakter der Republik eine historische politische Errungenschaft fortschrittlicher Kräfte in Deutschland, die mit Privatisierungsbestrebungen und ethnischen Sonderrechten von der AfD in Frage gestellt wird.

Die AfD will mit ihrem Rentenkonzert deutsche Eltern mit Kindern bevorzugen. Sie sollen je Kind 20.000 Euro an Rentenversicherungsbeiträgen vom Staat erstattet bekommen – nicht hingegen Eltern mit anderer Staatsbürgerschaft. Das Sozialversicherungsrecht ist in Deutschland aber nicht an die Staatsangehörigkeit gebunden.

Die AfD bekämpft nicht nur politische Initiativen, die Minderheitenrechte stärken sollen, sondern ist bestrebt, die bereits gesetzlich verankerten Fortschritte bei der Gleichstellung der verschiedenen Geschlechter, der Kinder, der Gewaltfreiheit bis in die Ehe und zum Erhalt der Umwelt zu revidieren. Dafür sucht sie im konservativen Milieu Bündnispartner*innen. Die AfD wird mit ihren Zielen erfolgreich sein, wenn es nicht gelingt, soziale und Freiheitsrechte aktiv zu verteidigen und Vorurteile erfolgreich abzubauen. Der Neofaschismus verliert in dem Maße an Einfluss wie die Gesellschaft an antifaschistischer Kraft gewinnt.

Webtip: www.antifa.vvn-bda.de ■

Wien – Legende und Wirklichkeit

Erstmals liegt die von der Schriftstellerin und linken Sozialistin Ilse Kulcsar (Isa Barea) verfasste Kulturgeschichte „Wien. Legende und Wirklichkeit“ in deutscher Sprache vor.

Ilse Kulcsar wirkte als Bildungsfunktionärin und Journalistin für die sozialdemokratische Bewegung und spielte in den Jahren 1933/34 eine beachtliche Rolle bei der politischen Neuausrichtung jener Teile der Sozialdemokratie, die auch nach dem Parteiverbot und der Aufriktion des austrofaschistischen Herrschaftssystems unter den Bedingungen der Illegalität politisch tätig blieben. Um der Verhaftung zu entgehen, musste Ilse Kulcsar Österreich verlassen. Über Brünn ging sie weiter nach Spanien, wo sie sich im Kampf gegen die faschistischen Franco-Putschisten beteiligte. Wieder musste sie fliehen – zunächst nach Frankreich, dann ins englische Exil.

In England verfasste Ilse Kulcsar (die sich seit ihrer Heirat mit einem spanischen Sozialisten Isa Barea nannte) nach dem Zweiten Weltkrieg eine außergewöhnliche, literarisch wertvolle Kulturgeschichte ihrer

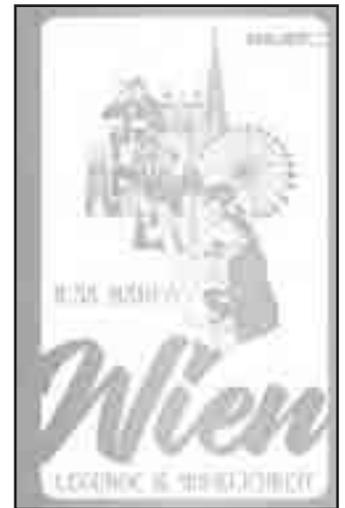
Heimatstadt Wien, die 1966 unter dem Titel „Vienna. Legend & Reality“ erschien und bereits zwei Jahre später ins Dänische und Spanische übersetzt wurde.

Architektur, Musik, Theater und Literatur prägen bis heute das offizielle Selbstverständnis Wiens und machen die Stadt zu einem Anziehungspunkt für KulturliebhaberInnen aus der ganzen Welt. In ihrer Vermarktungsstrategie setzt die Stadt Wien auf eine Reihe von Mythen – die „gute alte Zeit“ unter Kaiser Franz Joseph, die Weinseligkeit und Larmoyanz der Wiener Bevölkerung, das „goldene Wienerherz“ usw. An diesem Punkt setzt Ilse Kulcsar an. In ihrem Buch spürt sie den Legenden nach, die sich um die Geschichte Wiens ranken, und legt die ökonomischen, sozialen und politischen Bedingungen für die kulturelle Entwicklung Wiens offen. In einer detailreichen Studie zu den wichtigsten historischen Epochen arbeitet sie jene Elemente heraus, die

zur Entfaltung der Wiener Gesellschaft beigetragen und die kulturelle Atmosphäre und das Denken in ihrer Geburtsstadt geformt haben. Wien wird dabei als das dargestellt, was es immer war – ein Schmelztiegel, in dem sich zahlreiche kulturelle Einflüsse zu etwas Neuem verbanden, das abhängig von den jeweils tonangebenden sozialen Kräften eine besondere Färbung erhielt.

Anekdotenreich schildert sie das Leben und Wirken von historischen Persönlichkeiten, die ihre Spuren in der materiellen Gestalt oder im geistigen Leben Wiens hinterließen. Ihr kulturgeschichtliches Panorama erstreckt sich aber nicht nur auf die aristokratische oder bürgerliche „Hochkultur“, sondern umfasst auch das Alltagsleben, die Sorgen und Kämpfe der unteren Gesellschaftsklassen, die sich in (gegen-)kulturellen Erscheinungen widerspiegelten. Damit deckt das Buch auch widerständige Traditionslinien auf, die allzu oft von Legenden verschüttet wurden. Genau das macht das Buch für heutige Generationen wertvoll.

Da Ilse Kulcsar neben umfangreichen Quellen aus Forschung und Literatur auch ihre eigene Familiengeschichte und Jugenderinnerungen in das Buch einfließen lässt, trägt ihre Kulturgeschichte auch auto-



Ilse Barea:
Wien. Legende und Wirklichkeit,
Edition Atelier, Wien, 2021,
ISBN: 978-3-99065-059-2,
464 Seiten, € 38,00

biografische Elemente in sich. Das Aufspüren der diversen Entwicklungsstränge, die zur Herausbildung des kulturellen Erbes der Stadt beitragen, wird auf diese Weise auch zu einer sehr persönlichen Spurensuche einer jungen Frau aus bürgerlichen Verhältnissen, die sich den sozialistischen Idealen verschrieb und sich selbst in den progressivsten Traditionen der Wiener Kulturgeschichte verortete.

Gernot Trausmuth ■

Ein Staat stirbt

Bereits 2018 erschien dieses interessante Buch. Hinter dem Pseudonym Georg Wieser verbirgt sich Otto Leichter, ehemaliges Führungsmittglied der revolutionären Sozialisten. In 29 kurzen Kapiteln erzählt „Ein Staat stirbt. Österreich 1934-38“ die Geschichte des Austrofaschismus und der Selbstaufgabe Österreichs. Das Buch liest sich schnell und fesselt Leserin und Leser. Obwohl es inzwischen zahlreiche Darstellungen der Dollfuß-Schuschnigg-Diktatur gibt, existieren wenige so klare und geraffte Beschreibungen wie diese: Perspektiven und Proponenten wechseln in raschem Tempo, der Beschreibung folgt die Analyse, der Anklage das Urteil, schließlich war der Autor parteiisch. Man spürt, mit welcher Emotion und mit welcher Angst und Sorge das Buch geschrieben ist. Spannend: Die Schilderung des

halblegalen Kampfes bei Vertrauensmännerwahlen in den Betrieben bei gleichzeitig weiterhin kompletter Ablehnung und Bekämpfung der Regierung und des Systems durch die illegale Partei.

Otto Leichters im Pariser Exil 1939 entstandener Text steht unter dem Eindruck des „Anschlusses“. Er ist eine politische Anklageschrift gegen eine reaktionäre, in ihrer Unfähigkeit und Verblendung ins eigene Verderben rennende Elite, aber auch die Unterlassungen der westlichen Demokratien werden anprangert. Bis heute ist das Buch wohl eine der dichtesten, schärfsten und klarsten Beschreibungen des Finis Austriae 1938 und deshalb für uns Nachgeborene lesenswert und wichtig.

Gerald Netzl ■

Georg Wieser:
Ein Staat stirbt.
Osterreich
1934-38,
new academic
press, Wien
2018,
ISBN 978-3-
7003-2096-8,
260 Seiten, €
19,90.



Peter und Marie Strasser: Doppelporträt im Kalten Krieg

Peter Strasser (1917-1962) gehörte nach 1945 zu den großen Personalhoffnungen der SPÖ, seine Karriere endete jedoch durch frühen Tod an Leukämie. Strassers Nachlass liegt im Verein für Geschichte der ArbeiterInnenbewegung. Die aktuelle VGA-Dokumentation, verfasst von der ehemaligen Journalistin und ehrenamtlichen VGA-Mitarbeiterin Veronika Kaiser, widmet sich dem teils neu erschlossenen Bestand und präsentiert ausgewählte Dokumente und Materialien zum Leben von Peter Strasser und seiner zweiten Frau Marie, geborene Potoczky (1922-2007).

Nach zeitweiser Emigration, Verfolgung und Arbeit in der deutschen Rüstungsindustrie, wurde Peter Strasser 1945 Vorsitzender der neu gegründeten Sozialistischen Jugend, ab 1948 auch Vorsitzender der sozialistischen Jugendinternationale

IUSY, 1949 jüngster Nationalratsabgeordneter. Aus einer prominenten linken Familie stammend, entwickelte sich Strasser im Kalten Krieg zum entschiedenen Antikommunisten. 1956 lernte er in den Wirren des Budapester Aufstandes Marie Potoczky kennen. Die ungarische Sozialdemokratin, die mehrere Jahre in stalinistischer Haft verbracht hatte, flüchtete gemeinsam mit Strasser nach Wien, die beiden wurden ein Paar. Es ist das Verdienst von Veronika Kaiser, dass sie mit dem vorliegenden Heft auch die in Österreich weitgehend vergessene Autorin und Exil-Intellektuelle wieder bekannt gemacht hat. Die zahlreichen Originaltexte und Fotografien geben spannende Einblicke in Leben und Arbeit eines politischen Paares zwischen Ost und West.

Georg Spitaler ■



VGA

Zwangsarbeiter in Österreich

Das vorliegende Buch ist bereits 2013 auf den Markt gekommen und ist das Ergebnis des „Nachlass“ des 2001 gegründeten Versöhnungsfond (ÖVF) und nachfolgender wissenschaftlicher Arbeiten. Dabei wurden rund 155.000 Anträge bearbeitet und wissenschaftlich ausgewertet.

In Österreich war während des Zweiten Weltkriegs ca. eine Million Zwangsarbeiter*innen aus vielen Ländern Europas im Einsatz. Kaum ein Thema wurde so unter den Teppich gekehrt wie dieses, aber das Thema Zwangsarbeit ist in den letzten Monaten in den Fokus der Öffentlichkeit gelangt. Einerseits, durch eine vom Bundesdenkmalamt veröffentlichte Liste von Zwangsarbeitsorten in Österreich und andererseits durch den Schwerpunkt von erinnern.at „unter Zwang arbeiten“.

Der Beitrag von Hermann Rafetser ist eine Strukturanalyse des ÖVF in der Kooperation mit Partnerländern wie Tschechien, Ungarn und Russland. Außerdem liefert er einen Beitrag zu den Nationalitäten und den Schwierigkeiten der Zuordnung bedingt durch die Neuordnung der Staaten nach dem Ersten Weltkrieg.

Ein Beitrag widmet sich dem Thema KZ und Zwangsarbeit. Zwar war der Versöhnungsfond nicht für KZ-Häftlinge zuständig, jedoch gab es Berührungspunkte, da zivile Zwangsarbeiter*innen zur Bestrafung nach Mauthausen verbracht wurden oder, dass das KZ als Durchgangslager benutzt wurde. Breiten Raum nimmt der Aktenbestand des ÖVF über französische Zwangsarbeiter*innen in Österreich ein. So wird sehr ausführlich die Herkunft, Lebensumstände, Arbeitseinsatz, Urlaub, Flucht und Bestrafung, sowie Widerstand thematisiert.

Der letzte Teil des Buches befasst sich mit dem Schicksal ehemaliger Zwangsarbeiter*innen nach 1945.

Ein Großteil von ihnen kehrte in die Heimatländer zurück, jedoch verblieben einige in Österreich und

wurden auf Druck der Alliierten eingebürgert bzw. wanderten später in andere Länder aus. Insbesondere die Auswanderung der DP (Displaced Persons) nach Großbritannien wird dabei behandelt. Besonders polnische DP wurden in Großbritannien bevorzugt aufgenommen. Bei den in Österreich verbliebenen Zwangsarbeiter*innen handelte es sich überwiegend um polnische, ukrainische und ungarische Menschen, die vor allem nicht den Kommunisten in die Hände fallen wollten. Das vorliegende Buch ist als Lesebuch nicht geeignet, jedoch wer tief in die Materie NS-Zwangsarbeit in Österreich eintauchen möchte, um ein fundiertes Detailwissen zu erlangen, der ist damit sehr gut beraten.

Robert Patočka ■



StudienVerlag

Dieter Bacher, Stefan Karner:
Zwangsarbeiter in Österreich 1939-1945 und ihr Nachkriegsschicksal.
StudienVerlag, Innsbruck 2013,
ISBN 978-3-7065-5217-2,
347 Seiten, € 39,90



Die drei Schwestern

Nach der Geschichte der Young Austria durch Sonja Frank, die den österreichischen Widerstand aus Großbritannien gegen den Nationalsozialismus aufgearbeitet hatte, leistet Frank mit der Herausgabe ihres neuen Buches erneut einen wertvollen Beitrag gegen das Vergessen. Im Mittelpunkt stehen österreichische Frauen, die in den 1930er- und 1940er-Jahren als Widerstandskämpferinnen in Spanien, Belgien und Frankreich aktiv waren. Akribisch wird das vernetzte Wirken von Österreicherinnen in Europa herausgearbeitet.

Die Beiträge im Buch stammen von: Sonja Frank, Hans Hautmann, Wolfgang Neugebauer, Heimo Gruber, Heimo Halbrainer, Elfi Stern, Eva Geber, Ruth Steindling u. Claudia Erdheim, Claudia Kuretsidis-Haider, Winfried Garscha und Albert Hirl.

Es ist nicht das erste Mal, dass sich die Herausgeberin mit der Aufarbeitung ihrer Familiengeschichte beschäftigt, die untrennbar mit dem sozialdemokratischen und kommunistischen Widerstand gegen die Faschisten in Europa und dem Kampf für ein freies und demokratisches Österreich verbunden ist. Im Mittelpunkt der Familiengeschichte von Sonja Frank stehen ihre drei Großtanten, die Geschwister, Selma, Berthe und Gundl. Die Autorin zeichnet das Leben der väterlicherseits aus West-Galizien stammenden Familie, wo sie Pogromen ausgesetzt war, bis in die Zeit, als die Familie in Wien lebte. Heinrich Steinmetz (1882-1942), der Vater der drei Töchter, zog nach einem Pogrom ca. 1898 nach Wien und war Mitglied der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Er heiratete 1906 seine erste Frau, die Mutter der Geschwister, Helena Blass (1879-1933). In zweiter Ehe heiratete er Eugenie Piskaty (*?-1942). Beide wurden 1942 von den Nationalsozialisten nach Lodz deportiert und getötet. Ab 1933 beteiligten sich die Geschwister am Widerstand in Österreich gegen den Austrofaschismus, Gundl Steinmetz später in Spanien gegen das Regime von Francisco Franco und in Belgien in der Österreichischen Freiheitsfront ÖFF. Selma und Berthe in Frankreich in der Résistance gegen den Nationalsozialismus.

Im Buch wird besonders die Lebensgeschichte und die Rolle der am 1. September 1907 in Wien geborenen Selma Steinmetz herausgearbeitet. Selma trat während ihres Studiums der Geschichte, Germanistik und Pädagogik in die Sozialdemokratischen Arbeiterpartei ein. Aufgrund ihrer beruflichen Diskriminierung im Austrofaschismus emigrierte sie 1937 nach Frankreich. Nach der Besetzung Frankreichs durch die deutsche Wehrmacht, schloss sie sich der Résistance und der Kommunistischen Partei Frankreichs unter dem Codenamen Suzanne Matthieu Yvonne an. 1944 werden ihr Lebensgefährte, der KPÖ-Funktionär Oskar Grossmann, und sie in Südfrankreich von der Gestapo aufgedeckt, verhört und gefoltert. Oskar Grossmann, nach dem seit 1949 in der Brigittenau ein Wiener Gemeindebau benannt ist, kam durch Folter ums Leben. Nach Kriegsende kehrte sie nach Wien zurück und trat als Bibliothekarin in den Dienst der Gemeinde Wien. Von der Magistratsabteilung 2 im Zuge des Oktoberstreikes 1950 gekündigt, arbeitete sie danach bis 1955 sie als Journalistin in

der RAVAG, und von 1955 bis 1962 als Redakteurin der Zeitschrift „Stimme der Frau“. Seit 1963 war sie Mitarbeiterin des Dokumentationsarchivs des Österreichischen Widerstandes (DÖW) und wirkte hier am Aufbau der Bibliothek federführend mit. 1966 erschien ihre Pionierarbeit „Österreichs Zigeuner im NS-Staat“.

1968 wurde ihr für ihr Engagement in der Gedenkarbeit das silberne Ehrenzeichen der Republik Österreich verliehen, 1978 das Ehrenzeichen für Verdienste um die Befreiung Österreichs. Sie verstarb am 18. Juni 1979 in Wien. 2017 wurde in Floridsdorf die Selma-Steinmetz-Gasse nach ihr benannt.

Die Kapitel III „Antifaschistische Frauen gegen Franco und Hitler“ und IV „Frauen im Widerstand in Frankreich und Belgien“ bieten spannende Einblicke in das Netzwerk und die Arbeit der Widerstandskämpferinnen sowie ihrer Mitkämpfer*innen. Im Anhang werden die Schauplätze des Widerstandes und die Gedenkstätten der Opfer aufgelistet. Ebenso beinhaltet das Buch die Kurzbiographien zahlreicher Widerstandskämpfer*innen. Den letzten Teil des Buches widmet sich einer Ausstellung über Selma Steinmetz, die 2021 im DÖW gezeigt wurde.

All jenen, die ihr Wissen über die Geschichte des österreichischen Widerstandes, vor allem über jenen der Frauen erweitern möchten, sei dieses Buch ans Herz gelegt.
„Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg! Niemals vergessen!“

Dominik Lang ■



Sonja Frank:
Die drei Schwestern. Selma, Berthe und Gundl, geb. Steinmetz. Frauen im Widerstand 1933-1945, Verlag der Theodor Kramer Gesellschaft, Wien, 2021, ISBN 978-3-901602-94-8, 326 Seiten, € 36,00.

Ein (un)umstrittener Nobelpreisträger.

Die Verleihung des Nobelpreises für Literatur im Jahr 2019 an Peter Handke hat viele Gemüter erhitzt. Selten waren die Meinungen um den Verdienst einer Ehrung so gespalten.



Die Diskussion um die moralische Verpflichtung eines Kunstschaffenden und auch der Schwedischen Akademie lässt immer noch nicht nach. Ist das künstlerische Werk eines Literaten ohne eine Auseinandersetzung mit dessen Person möglich? Hat ein zeitgenössischer Schriftsteller, dessen Wort durch einen Nobelpreis an öffentlicher Gewichtung gewonnen hat, mehr Verantwortung für sein Tun? Vielleicht bin ich persönlich nicht objektiv genug, vielleicht vermag ich nicht Handeln von Verantwortung zu trennen. Oder nehme moralische Verpflichtungen zu ernst.

Die Verleihung des Nobelpreises an den kontroversen österreichischen Autor wurde von nicht wenigen Personen, aber auch Staaten boykottiert. Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Kroatien, Südmazedonien und Türkei kritisierten neben unzähligen Künstler*innen die Entscheidung der Königlichen Akademie. Auch eine Vielzahl an Kriegsreporter*innen, welche hautnah die Kriegsgräuel der 1990er Jahre miterlebten, äußerten ihren Unmut.

Die bosnischen Städte Sarajevo und Tuzla sowie der Kosovo erklärten Peter Handke zur Persona non grata. Diese hohe Nobelpreiswürdigung bedeutet auch heute noch eine Verhöhnung der Opfer und ihrer Hinterbliebenen. Nicht nur der Opfer der Balkankriege der 1990er Jahre, sondern aller Opfer von Genoziden.

Seit Kurzem ist Peter Handke nicht nur Nobelpreisträger, sondern auch u.a. Träger des „Ivo

Andrić“-Preises, verliehen für sein Buch „Das Zweite Schwert. Eine Maigeschichte.“. Dieser Preis wurde ihm am heurigen 7. Mai in Višegrad, Bosnien und Herzegowina, verliehen. Überreicht von Emir Kusturica, einem nicht minder kontroversen Regisseur. Mit Unterstützung nationalistischer Politiker*innen, groß in Szene gesetzt, löste auch diese Ehrung zahlreiche Diskussionen aus. Nur einen Tag vor dem Internationalen Tag der Befreiung vom NS-Terror Regime wurde ihm, in einer künstlich durch Kusturica erschaffenen Stadt „Andrićgrad“, benannt nach dem großen jugoslawischen Nobelpreisträger, die Ehrung zuteil. Ein ironisch gewählter Tag und eine ironisch gewählte Örtlichkeit, meiner Meinung nach. Absurd erscheint auch die Tatsache, dass Handke einen Preis erhalten hat, der den Namen eines Mannes trägt, welcher zu Lebzeiten als aufrechter Sozialist und Befürworter des jugoslawischen Gesamtstaates und seiner ethnischen Vielfalt galt. Einem Mann, welcher die hohe Auszeichnung im Jahr 1961 für sein Buch „Die Brücke über der Drina“ erhalten hat. Für ein Buch über die berühmte osmanische Brücke in Višegrad, welche nur drei Dekaden später zum blutigen Schauplatz der Vernichtung unschuldigen Lebens wurde. Dreitausend Frauen, Männer und Kinder, getötet aufgrund ihrer Religion und ethnischen Zugehörigkeit. Ivo Andrićs Namen trägt nun ein Literaturpreis, welcher an einen Menschen verliehen wurde, der Genozide relativiert und freundschaftliche Beziehungen zu Nationalisten und Verbrechern pflegt, für manche sogar Trauerreden hält und nationalistische Regime hoch

leben lässt. Mancherorts wird dieses Verhalten mit einer überlebensgroßen, dem – wahrscheinlich – narzisstischen Ego schmeichelnden Statue belohnt.

Soweit bekannt, ist der diesjährige Aufenthalt des Autors in Višegrad bereits der zweite. Sein erster Besuch soll bereits 1998 stattgefunden haben, kurz nach den Beendigungen des Krieges in Bosnien und Herzegowina. Damals, so den Erzählungen zahlreicher Journalist*innen nach, soll er im Hotel „Vilina Vlas“ genächtigt haben. Einem Hotel, schaurig-idyllisch nahe eines Waldes gelegen, welches heute nicht nur ein Thermenressort für ausländische Besucher*innen, sondern auch zu einem Symbol der systematischen ethnischen Säuberung, Misshandlung und Tötung von Menschen geworden ist. Laut Berichten der UN sind in diesem Hotel an die zweihundert Frauen und Mädchen im Laufe des Jahres 1992 vergewaltigt, viele von ihnen getötet oder in den Suizid getrieben worden.

Ein Denk- oder Mahnmal für die Opfer gibt es bis heute nicht. Ein Schleier wird erneut über das Geschehene gelegt. Verschwiegen durch Behörden und Politiker*innen. Und österreichische Nobelpreisträger.

Ich selbst, eine Bosnierin, eine Österreicherin, ein Kriegskind und auch eine Freiheitskämpferin, empfinde Handkes Agieren, aber auch seine zahlreich verliehenen Würdigungen, als Verhöhnung, welche tiefgehende Wunden wieder aufbrechen lässt. Eine Respektlosigkeit nicht nur den Opfern der Balkankriege, sondern auch gegenüber allen nationalistischen und faschistoiden Ideologien zum Opfer gefallenen Menschen und ihren Hinterbliebenen.

Immer wieder müssen wir uns vor Augen führen: Unrecht darf niemals zu Recht werden. Faschistoid, reaktionäre Gedanken dürfen nirgends wieder salonfähig werden. Wer, ob Nobelpreisträger*in, Politiker*in oder Regisseur*in, dies fördert, fördert auch Hass, Unmenschlichkeit, Nationalismus und Gewalt. Gefährdet den Frieden. Dies unter dem Deckmantel der künstlerischen Freiheit zu tun, ist verwerflich, um nicht zu sagen, feig. Ich denke nicht, dass Verharmlosungen von Kriegsverbrechen, Tod, Elend und Genozid mit Nobelpreisen oder anderen hohen Würdigungen honoriert werden sollten. Dies, so glaube ich, ist ein Beitrag zur Fortführung nationalistischer Ideologien, welche nicht selten zu unmenschlichen Verbrechen geführt haben und immer noch führen können.

Arijana Šegalová ■

Krvava bajka

Desanka Maksimović

Bilo je to u nekoj zemlji seljaka
na brdovitom Balkanu,
umrla je mučeničkom smrću
četa đaka
u jednom danu.

Iste su godine
svi bili rođeni,
isto su im tekli školski dani,
na iste svečanosti
zajedno su vođeni,
od istih bolesti svi pelcovani
i svi umrli u istom danu.

Bilo je to u nekoj zemlji seljaka
na brdovitom Balkanu
umrla je junačkom smrću
četa đaka
u istom danu.

A pedeset i pet minuta
pre smrtnog trena
sedela je u đačkoj klupi
četa malena
i iste zadatke teške
rešavala: koliko može
putnik ako ide peške...
i tako redom.

Misli su im bile pune
i po sveskama u školskoj torbi
besmislenih ležalo je bezbroj
petica i dvojki.

Pregršit istih snova
i istih tajni
rodoljubivih i ljubavnih
stiskali su u dnu džepova.
I činilo se svakom
da će dugo
da će vrlo dugo
trčati ispod svoda plava
dok sve zadatke na svetu
ne posvršava.

Bilo je to u nekoj zemlji seljaka
na brdovitom Balkanu
umrla je junačkom smrću
četa đaka
u istom danu.

Dečaka redovi celi
uzeli se za ruke
i sa školskog zadnjeg časa
na streljanje pošli mirno
kao da smrt nije ništa.
Drugova redovi celi
istog časa se uzneli
do večnog boravišta.

Das blutige Märchen

Desanka Maksimović

Es war einmal in einem Land der Bauern,
am hügeligen Balkan,
da verstarb eines heroischen Todes
eine Kompanie Knaben
an einem Tag.

Im gleichen Jahr
waren sie geboren,
ihre Schulzeit verbrachten sie gemeinsam,
zu den gleichen Zeremonien
wurden sie begleitet,
gegen die gleichen Krankheiten wurden sie geimpft
und sie alle starben am gleichen Tag.

Es war einmal in einem Land der Bauern,
am hügeligen Balkan,
da verstarb eines heroischen Todes
eine Kompanie Knaben
am gleichen Tag.

Und fünfundfünfzig Minuten
vor dem Eintreffen des Todes,
saßen sie auf der Schulbank,
eine kleine Kompanie,
und die gleichen schwierigen Aufgaben
lösten sie: „Ein Passagier kann wie lang,
wenn er zu Fuß geht ...“ und so weiter.

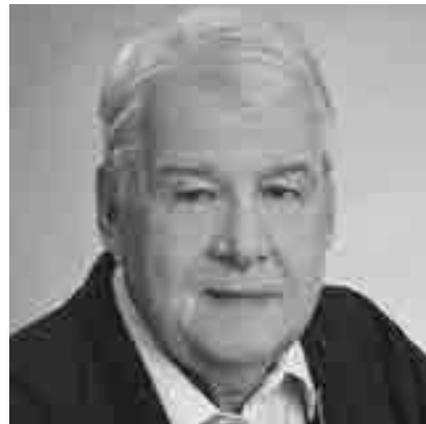
Ihre Gedanken waren unerschöpflich
und in den Notizbüchern in den Schultaschen
dieser Bedeutungslosen lagen unzählige
Einsen und Vierer.

Eine Handvoll gleicher Träume
und gleicher Geheimnisse,
patriotisch und romantisch,
verbargen sie tief in ihren Taschen.
Und allen schien es,
als würden sie lange,
für eine sehr lange Zeit
unter dem blauen Bogen verbringen,
bis sie nicht alle Aufgaben in der Welt
bewältigt haben.

Es war einmal in einem Land der Bauern,
am hügeligen Balkan,
da verstarb eines heroischen Todes
eine Kompanie Knaben
am gleichen Tag.

Knaben, viele Reihen lang,
nahmen sich bei der Hand
und brachen auf vom letzten Schultag,
sie gingen zur Hinrichtung, ruhig,
als ob der Tod nichts wäre.
Freunde, viele Reihen lang,
stiegen in der gleichen Stunde auf
zu ihrer ewigen Ruhestätte.

übersetzt von Slavica Šapina

**Rudi Edlinger
verstorben**

Die FreiheitskämpferInnen trauern um BM a.D. Rudolf Edlinger, Träger der Otto-Bauer-Plakette (2001). Rudi Edlinger war ein Sozialdemokrat der „alten Schule“, das heißt, dass Antifaschismus und soziales Engagement ganz tief in ihm wurzelten. Ohne Funktionär in unserem Bund gewesen zu sein, war er uns doch aufs Engste verbunden, so war er etwa am 1. November 2010 Redner beim Gedenkmarsch auf dem Wiener Zentralfriedhof.

Seit seiner Jugend ein engagierter Antifaschist war er bereits langjähriges Vereinsmitglied des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes, als er 1983 von Bürgermeister Leopold Gratz in den Stiftungsrat entsandt wurde und 2003 dessen Präsident und auch des Vereins DÖW wurde.

Rudis Arbeit war bis zuletzt gekennzeichnet durch seinen unermüdlichen Einsatz gegen rechtsextreme und neonazistische Tendenzen, gegen Holocaustleugnung und Antisemitismus. Es gelang ihm, die Arbeit des DÖW parteipolitisch unabhängig zu leiten, ohne diese zu verwässern.

DANKE!

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe: Julia Zierlinger, Gabi Tremmel-Yakali, Hannes Weninger, Severin Holzknacht, Wolfgang Quatember, Franz Gehringer, Roland Fischer, Heimo Gruber, Peter Weidner, Claudia Kuretsidis-Haider, Ali Kohlbacher, Bernhard Weidinger, Dominik Lang, Robert Patočka, Arijana Šegalo, Gernot Trausmuth

Grafische Gestaltung: Wien Work - Digital Media

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 30. November 2021

Impressum:

Medieninhaber und Herausgeber: Bund Sozialdemokratischer FreiheitskämpferInnen, Opfer des Faschismus und aktiver AntifaschistInnen. 1014 Wien, Löwelstraße 18, Telefon: 01/534 27-277, Fax: Dw. 258, E-Mail-Adresse: kaempfer@spoe.at, Internetadresse: www.freiheitskaempfer.at.

Fotos: Wenn nicht anders vermerkt: Redaktion Freiheitskämpfer

Hersteller: Wien Work - Digital Media, 1220 Wien

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz: Information über neofaschistische und rechtsextremistische Bewegungen, Vereinsnachrichten, Informationen der Opfer des Faschismus. Die im „Kämpfer“ veröffentlichte Artikel und Kommentare geben nicht notwendigerweise die Meinung der Redaktion oder des Bundesvorstandes wieder.

ZlNr.: GZ 02Z033355M

Österreichische Post AG
MZ GZ02Z033355M